80. Sonnabend den 6. April 1861. 80.

Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. **Bestellungen** nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis **10 Uhr** Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 6. April. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den seitherigen Landraths-Amts-Verweser, Regierungs-Assessor Robert Victor von Puttkammer zum Landrathe des Kreises Demmin, im Regierungs-Bezirk Stettin, zu ernennen.

Der bisherige Richter und Syndikus der Universität zu Greifswald, Haenisch, ist zum Amtshauptmann daselbst ernannt worden; der Gerichts-Assessor Ernst Dahrenstaedt ist zum Richter und Syndikus der Universität zu Greifswald ernannt worden; dem Privat-Dozenten bei der philosophischen Fakultät der hiesigen Königlichen Universität Dr. F. A. Maercker ist das Prädikat „Professor" verliehen worden; der frühere Rektor Jacob Harnischmacher zu Linnich ist bei dem Gymnasium zu Münstereifel als ordentlicher Religionslehrer angestellt worden.

Abgereist: Der Ober-Präsident der Rheinprovinz, von Pommer-Esche, nach Koblenz.

Telegramme der Posener Zeitung.

Pesth, Freitag 5. April Abends. Ein Extrablatt des „Sürgöny" theilt mit, daß so eben ein Telegramm aus Wien eingetroffen: Der Landtag werde morgen Mittag im königlichen Schlosse zu Ofen eröffnet. Um 11 Uhr wird daselbst ein feierliches Veni sancte abgehalten.

Itzehoe, Freitag 5. April. Dee Verfassungsausschuß wird erst Montag Bericht über die gestrige Eröffnung des Kommissarius erstatten; heute fand im Ausschusse eine sechsstündige Sitzung statt, zu der auch die Kommission hinzugezogen worden ist.

Paris, Freitag 5. April Abends. Die heutige „Patrie" sagt: Der Kaiser habe, treu seiner italienischen Politik und fern von Familienehrgeiz und Eroberungssucht, einen Brief an den Prinzen Murat gerichtet, in welchem er das Manifest desselben mißbilligt.

Die gepanzerte Fregatte „Invencible" ist in Toulon vom Stapel gelaufen.

Kopenhagen, Freitag 5. April. Der ehemalige holsteinsche Minister Raaslöff erklärt in der „Berlingschen Zeitung" die Auffassung in dem Berichte Halls an den König für unrichtig und sagt, es würden noch anderweitige Aufklärungen zu Tage kommen.

Die „Berlingsche Zeitung" erklärt die Mittheilung der „Börsenhalle", wonach England und Rußland Dänemark für einen Bruch mit Deutschland verantwortlich gemacht hätten, für vollkommen unwahr.

(Eingeg. 6. April 8 Uhr Vormittags.)

Warschau, Sonnabend 6. April. Heute müssen wir mittheilen, daß hier gestern Abend vor dem Muttergottesbilde sich die Demonstrationen (von denen der Artikel aus Warschau vom 4. d. — s. unten — berichtet) **aufs Neue wiederholt haben, daß indeß die versammelte Menge auseinandergegangen ist, ohne daß ein Einschreiten des Militärs erfolgte. Die Ursache der Aufregung ist nur die Aufhebung der Bürgerdelegation und der Bürgerwache.**

(Eingeg. 6. April 12 Uhr 30 Min. Nachmittags.)

Posen, 6. April.

Jüngst haben wir nachgewiesen, daß die Grundsteuerreform ein dringendes Bedürfniß ist, um das gesammte Steuersystem des Staates auf feste und gerechte Grundlagen zu stellen. Das Bedürfniß selbst ist schon seit einem halben Jahrhundert anerkannt, aber die Ausführung der langersehnten Reform duldet jetzt keinen längeren Aufschub mehr, weil das Land durch die allgemeine politische Lage sich zu Kraftanstrengungen genöthigt findet, welche auf die Dauer zu einer Erschöpfung führen müßten, wenn der bisher bevorzugte Grundbesitz sich nicht dazu entschließt, einen angemessenen Theil der allgemeinen Lasten auf seine Schultern zu nehmen. Man kann daher sagen, daß die Grundsteuervorlage das Hauptfundament des finanziellen und militärischen Programmes der Regierung und zugleich den Angelpunkt bildet, um welchen sich die wichtigsten parlamentarischen Fragen drehen.

Es ist ein öffentliches Geheimniß, daß die Heeresverstärkung und die Grundsteuerreform nicht zu den Angelegenheiten gehören, welche durch ein parlamentarisches Votum oder durch einen Personenwechsel im Ministerrathe von der Tagesordnung verdrängt werden können. Nicht um Parteifragen oder um Kabinetsfragen, sondern um Lebensfragen des Staates handelt es sich, für deren schleunige Erledigung der Wille eines von dem Bewußtsein seiner Pflichten gegen das Land erfüllten Monarchen unerschütterlich einzustehen entschlossen ist. So erscheint jedem unbefangenen Blick unsere parlamentarische Situation. Das Herrenhaus kann daher keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß die öffentliche Meinung eine etwaige systematische Opposition gegen die Grundsteuerreform nicht bloß als Widerstreben gegen ein ministerielles Projekt, sondern als einen Kampf gegen das Regierungsprogramm des Monarchen selbst betrachten wird.

Ein solcher Kampf wäre zu Gunsten der monarchischen Autorität und notorischer Landesbedürfnisse leicht auszutragen. Es bedarf dazu keines Gewaltaktes, wie er von dem Ungestüm radikaler Reformer verlangt wird. Die Verfassung hat dem König das Recht verliehen, den starren Widerstand einer den Fortschritt und die Regierungsinitiative systematisch verneinenden Mehrheit ohne Weiteres zu brechen. Aus den Abstimmungen über das Ehegesetz erhellt, daß die hyperkonservative Partei schon jetzt über eine sehr schwache Stimmenmehrheit verfügt. Sollte die hohe Bedeutung der vorliegenden Frage nicht genügen, um der Grundsteuerreform endlich den Sieg zu verschaffen, so hätte sicherlich die Krone den begründetsten Anlaß, von ihrer Prärogative Gebrauch zu machen und durch eine gewisse Zahl neuer Pairsernennungen die fehlende Harmonie zwischen den Staatsgewalten wiederherzustellen.

Offenbar hat die Regierung bis jetzt gezeigt, daß sie zu dem Mittel einer künstlichen, wenn auch gesetzlichen Umgestaltung der Mehrheit nur im äußersten Nothfall greift. Die Rücksichten, welche für eine solche Zögerung maaßgebend waren, sind leicht zu erkennen. Wenn man aus der Erfahrung aller Länder den Werth des Zweikammersystems und die hohe Bedeutung des größeren Grundbesitzes für den geregelten Gang der staatlichen Entwickelung erkannt hat, so muß der Wunsch nahe liegen, daß der konservative Faktor der Gesetzgebung sich eine allgemein geachtete Stellung erwerbe. Nicht unbedingte Unterwerfung unter alle Wünsche der Regierung, nicht hastige Zustimmung zu allen Beschlüssen der Abgeordneten verlangt die öffentliche Meinung vom Herrenhause; wohl aber darf sie erwarten, daß es sich nicht mit unbeugsamem Starrsinn den seit Jahrzehnten vorbereiteten und endlich unabweisbar gewordenen Reformen entgegenstemme. Hier gerade ist der Moment, wo das Herrenhaus zeigen kann, daß unser Land in der That eine Aristokratie besitzt, welche durch patriotische Hingebung auf eine bevorzugte Stellung Anspruch hat. Wenn ein der Grundsteuerreform günstiges Votum einen solchen Eindruck machen soll, so muß es eben aus der eigenen Initiative des Hauses selbst hervorgehen. Nichts ist leichter für die Regierung, als der Grundsteuervorlage eine Stimmenmehrheit in dem Herrenhause zu verschaffen; aber sie möchte offenbar dem hohen Hause gern das Verdienst lassen, eine That der Selbstverleugnung zu vollbringen und so einen gerechten Anspruch auf die Achtung des Landes zu erwerben. Ein Pairsschub jetzt, das [illegible] würde er eine tiefer greifende Wirkung haben, als eine bloße Umgestaltung der Mehrheit.

Man wird uns daher verstehen, wenn wir sagen, daß die Grundsteuerreform vor Allem eine Lebensfrage für das Herrenhaus ist.

Deutschland.

☾ **Preußen.** Berlin, 5. April. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Der Königin-Wittwe ist heute aus Dresden die Nachricht zugegangen, daß ihre Zwillingsschwester, die Königin Amalie von Sachsen, ihr nunmehr den längst zugesagten Besuch machen und wahrscheinlich schon am Sonntag auf Schloß Sanssouci eintreffen werde. Heute verweilte der Prinz Georg einige Stunden in Sanssouci. — Der König nahm im Laufe des heutigen Vormittags die gewöhnlichen Vorträge entgegen und konferirte auch mit den Ministern v. Auerswald und v. Schleinitz, soll sich aber etwas unpäßlich gefühlt haben. An dem Diner nahmen der Kronprinz mit Gemahlin und der Fürst von Hohenzollern Theil. Zur gestrigen Tafel hatten auch der Oberbürgermeister Krausnick und der Stadtverordneten-Vorsteher Lüttig Einladungen erhalten. Mit beiden hatten die hohen Herrschaften längere Unterredungen, und namentlich war das Gespräch des Königs mit ihnen von langer Dauer und sehr lebhaft. Da die Spitzen unserer städtischen Behörden längere Zeit nicht am Hofe, wenigstens nicht zur Tafel, waren, so ist allerdings inzwischen mancherlei vorgekommen, was wohl Gegenstand der Unterhaltung gewesen sein mag. — Die Königin will, wie ich höre, am Sonntag nach Weimar fahren, um Tags darauf an der Geburtstagsfeier der Frau Großherzogin Theil zu nehmen. Da sie schon bei der Ankunft der Kronprinzessin von Württemberg von Petersburg wieder zurück sein will, so kann sich ihre Anwesenheit am großherzoglichen Hofe nur auf zwei Tage beschränken. Morgen Mittag findet unter den Linden die dritte Frühjahrsparade statt, und sind zu derselben die beiden Garde-Grenadier-Regimenter, Kaiser Alexander- und Kaiser Franz-Regiment und das Gardeschützenbataillon kommandirt. Nach beendigter Parade findet im königlichen Palais ein Dejeuner statt. — Die Gesandten Graf Perponcher und Graf Pourtales sind heute aus Rom und Paris hier eingetroffen. Den Grafen Perponcher sah ich bereits hente Nachmittag in das auswärtige Amt gehen.

Der Fürst Czartoryski ist aus Posen hier eingetroffen und wie ich gehört, sogleich von den hier anwesenden Polen besucht worden. Man ist hier sehr darauf gespannt, welchen Ausgang die polnischen Agitationen haben werden. Wie mir heute ein von Warschau gekommener Kaufmann versicherte, erwartet man dort nächstens Kartätschenfeuer, weshalb auch viele Familien die Stadt und Polen verlassen. Nicht nur in Warschau sollen bereits viele Trnppen stehen, sondern auch die Stadt bereits ziemlich vollständig zernirt sein. — Der Chef des Generalstabes der Armee, General v. Moltke, machte heute dem Kronprinzen und dem Fürsten von Hohenzollern seine Aufwartung und ist alsdann in dienstlichen Angelegenheiten nach der Rheinprovinz abgereist. — Der General Bogun v. Wangenheim von der zweiten Ingenieurinspektion, der jetzt hier anwesend ist, wird als der neue Chef des Marinedepartements genannt und der Staatsminister z. D. Alfred v. Auerswald soll der Nachfolger des verstorbenen Direktors der Hauptverwaltung der Staatsschulden, Natan, werden. — Die Kommission von Generalstabsoffizieren, welche hier im Auftrage der Militär-Bundeskommission die Leistungsfähigkeit unserer Eisenbahnen revidirte, ist von hier zunächst zu gleichem Zwecke nach Breslau abgegangen. — Gestern war das Festessen, welches der 3. Berliner Wahlbezirk den Abgeordneten Diesterweg und Schulze-Delitzsch gab. Die Gesellschaft war sehr animirt und wurden viel Reden gehalten, wobei der Abgeordnete Diesterweg betonte, daß Berlin bei der Wahl sein Augenmerk auf ausrangirte Persönlichkeiten gerichtet habe. — Der Krankheitszustand des Ober-Konsistorialrathes, Ober-Hof- und Dompredigers Dr. Strauß hat sich in den letzten Tagen sehr verschlimmert und erregt ernste Besorgnisse. Seit gestern weilt an seinem Krankenbette sein Sohn, der Divisionsprediger Dr. Strauß aus Posen. — Am 15. d. beginnen wiederum die regelmäßigen Kohlenextrazüge aus Westfalen. Hannover hat sich endlich gefügt und ist also jedes weitere Hinderniß beseitigt. Hiesige Fabriken haben bedeutende Bestellungen auf westfälische Kohlen gemacht.

Ω Berlin, 5. April. [Militärisches.] Durch die mit dem 1. d. M. erfolgte Erweiterung der Pionierbataillone von 3 auf 4 Kompagnien ist der Mannschaftsstand derselben nur um einen Hauptmann, einen Premierlieutenant und die entsprechenden Unterchargen vermehrt worden, da sich die Subalternoffiziere, die Unteroffiziere und Mannschaften der jetzt errichteten vierten Kompagnien schon seit vorigem Herbst in den Etat der übrigen drei Kompagnien dieser Bataillone miteingetheilt befanden. Auch war diese Maaßregel für diesen 1. April schon seit vorigem Jahre vorherbestimmt; dagegen aber verlautet, daß die neue Organisation der Artillerie ebenfalls bereits im Laufe dieses Sommers statthaben würde, während die projektirte neue Ausrüstung dieser Waffe allerdings kaum vor Mitte oder Ausgang künftigen Jahres durchzuführen sein möchte, da die beiden hierfür angenommenen neuen Geschützarten, die gezogenen Vierpfünder und kurzen Zwölfpfünder, kaum eher zu beschaffen sein dürften. Bei der einen hier mit den letztgenannten Geschützen probeweise ausgerüsteten reitenden Batterie der Gardeartillerie sind die Uebungen und Versuche mit denselben in vollem Gange, überhaupt aber werden die Exerzitien bei der hiesigen Garnison mit einem Eifer und in so bestimmter Richtung auf die felddienstmäßige Ausbildung der Truppen betrieben, daß man wirklich den Krieg als nahe vor der Thür stehend annehmen möchte. Ueber die neuerdings ausgearbeiteten Mobilmachungspläne, welche in einer Mittheilung der „Breslauer Zeitung" als provisorische bezeichnet wurden, glaube ich Ihnen für ganz bestimmt mittheilen zu können, daß für diese Arbeiten allerdings für die Folge noch mancherlei Erweiterungen und in dem Maaße, als die Militärorganisation ihrem definitiven Abschluß näher rückt, auch wohl Aender[illegible] Ausgangspunkte jedenfalls festgehalten werden und deshalb auch schon jetzt als völlig feststehend und definitiv betrachtet werden dürfen. Eine andere Zuordnung der Ergänzungsbezirke und eine bestimmte Zutheilung derselben zu den einzelnen Regimentern wird als nahe bevorstehend bezeichnet und, wie man außerdem wissen will, soll in diesem Jahre bei der Artillerie wie Kavallerie eine ausnahmsweise bedeutende Remontirung statthaben. Der Termin für die in verschiedenen Provinzen an Landwirthe ausgeliehenen Artillerie- und Kavalleriepferde wäre mit diesem 1. April ebenfalls abgelaufen. So bestimmt vor einiger Zeit indeß noch versichert wurde, daß dieselben nunmehr von der Regierung zurückgenommen und veranktionirt werden würden, und so sehr die Zweckmäßigkeit dieser Maaßregel kraft der angeblich bei deren Anwendung erzielten ungünstigen Resultate in landwirthschaftlichen Kreisen sowohl wie in militärischen angegriffen wurde, so verlautet bisher über diesen Gegenstand doch noch nichts Bestimmtes. Möglich daß die nach allen Nachrichten doch wohl positiv feststehenden französischen Rüstungen die betreffenden Behörden haben Anstand nehmen lassen, diese Pferde zu dem jetzt fälligen Termine zu veräußern, doch handelt es sich dabei allerdings zusammen etwa nur um 1000 bis 1200 Pferde, welche bei einer eintretenden Mobilmachung kaum merkbar erscheinen würden. Es geht hier allgemein das Gerücht, daß die Behufs der diesjährigen großen Manöver des 7. und 8. Armeekorps allerdings für den Ausgang dieses Sommers bevorstehende Augmentation der rheinischen und westfälischen Bataillone um je 300 Mann Reservisten schon jetzt statthaben würde, doch muß die Bestätigung davon jedenfalls abgewartet werden.

— [Ueber die polnische Bewegung] sagt die „B. Z." in einem Leitartikel: Sieht man genauer zu, wer denn unter den polnisch redenden Preußen die nationalpolnische Fahne erhebt, so zeigt sich, daß diese Bannerträger vorzugsweise unter zwei Klassen derselben sich finden: bei einem Theile des Adels und unter der Geistlichkeit. Jene wie diese suchen die Volksmasse gegen Preußen zu bearbeiten. Die Geistlichkeit insbesondere, die dabei wie gewöhnlich nicht mit den wahren Interessen des Volkes, sondern mit den Magnaten geht, beutet dabei den Gegensatz aus, welcher deutsch und polnisch zugleich in evangelisch und katholisch auseinanderlegt. Glaubt doch der gemeine Mann unter der polnisch redenden Bevölkerung, daß der Papst selber ein Pole sei! Wie aber die Geistlichkeit zum Theil wenigstens diesen Glauben auszubeuten sucht, dafür liegen in neuester Zeit wieder sehr bezeichnende Beispiele vor. So ist es Thatsache, daß am ersten Ostersonntage der amtirende Geistliche in der Kirche zu W. am Schlusse seiner Predigt für die politische Auferstehung Polens betete und sagte: „Möge dem lieben Gott es bald gefallen, die Ketten der Knechtschaft und Sklaverei, in der wir schmachten, zu brechen." Es ist in der That eine ganz eigenthümliche Sklaverei, in welcher es den Priestern frei steht, in solch lügenhafter Weise die Saat der Unzufriedenheit und des Aufruhrs zu säen. Und in welch entsetzlicher Sklaverei befindet sich eine Bevölkerung, in welcher die preußische Regierung einen freien Bauernstand mit eigner Scholle geschaffen, wo der polnisch Redende mit dem Deutschen gleich berechtigt an einer liberalen Verfassung theilnimmt! Zum Dank dafür soll dem Bauer eingetrichtert werden, daß sein wahres Heil nur in dem Wiederaufrichten eines polnischen Reiches zu finden sei, zum Danke dafür soll der Widerwille von Aristokraten, welche es fast funfzig Jahre lang versäumt haben, in ihren eigenen Angelegenheiten etwas Tüchtiges zu leisten, gegen Preußen in eine Bevölkerung verpflanzt werden, welche erst, seitdem sie zu Preußen gehört, frei, selbständig und zivilisirter geworden ist; zum Danke dafür sucht man das Gymnasium in Trzemeszno zu einem Brutnest revolutionärer Exaltation zu machen; zum Danke dafür beschäftigen sich angeblich landwirthschaftliche Vereine mit ganz anderen Dingen als der friedlichen Bekämpfung deutscher Kolonisation durch gleiche kolonisirende Thätigkeit! Man führt hier und da in Posen eine Sprache, als gehörte das preußische Regime bereits der Vergangenheit an. Daß mit solchen Ele-

menten nicht auf dem Wege des Gewährenlassens oder der vernünftigen Auseinandersetzung fertig zu werden ist, liegt auf der Hand. Aber drei Dinge sind es, kraft deren wir damit fertig werden werden. Zunächst ist der Boden für die national-polnischen Bestrebungen ein keineswegs sehr günstiger. Nur die äußerste Schwäche könnte es dahin bringen, daß die große Mehrzahl der polnich sprechenden Bauern sich von den Agitatoren fangen und gegen die Regierung einnehmen ließe. Sie sind von früher, und zumal durch 1848 her klug geworden, und als jüngsthin in einem sehr „polnischen" Städtchen Posens ein Trauergottesdienst für die in Warschau Gefallenen veranstaltet wurde, sah man wohl etwa 50 Wagen von Adligen vorfahren, aber der Bauern, deren nach Verhältniß hätten 500 Wagen sein müssen, erblickte man nur etwa 6, mit abhängigen Leuten. Ein zweiter günstiger Umstand ist das ernstliche Aufraffen der deutschen Bevölkerung. Schon hat der Nationalverein unter derselben Wurzel geschlagen und nach Allem, was wir hören, stehen in dieser Frage alle Parteien einmüthig zusammen. Sie sollen und wollen sich nichts vergeben, nichts abtrotzen lassen. Drittens aber erwarten wir von der Regierung, daß sie ruhig und ihrer selbst gewiß die Kreise, in welcher die Agitation am heftigsten auftritt, mit Garnisonen belegt, zugleich aber, wie wir bereits vor einigen Tagen ausgesprochen, wenn es nöthig ist, die Schule in Trzemeszno schließt, und in ähnlicher Weise gegen jene Vereine verfährt, welche sich zu Mittelpunkten einer gegen Preußen gerichteten Bewegung machen. Das ist nothwendig und etwas anderes als wirkürliche Verhaftungen, Ausweisungen, Haussuchungen und dergl., die gewissen Leuten gerade recht wären, um als politische Märtyrer zu glänzen und einen lauten Schmerzensschrei zu erheben. Von Sympathien für Polen überhaupt sich hierbei blenden zu lassen, und vor sentimentalen Wünschen für dasselbe nicht zur Wahrung der eigenen Interessen, die mit denen von Russisch- und Oestreichisch-Polen gar nicht zusammenfallen, zu gelangen, das wäre ein Fehler, der an uns selber sich schwer rächen und uns nicht einmal den Dank der Polen erwerben würde.

— [Eine offiziöse Erklärung.] Die Berliner Blätter erhalten folgende Mittheilung: „Oeffentliche Blätter beschäftigen sich mit einem in Palermo stattgefundenen Vorfalle, bei welchem es sich um eine zur diesseitigen Gesandtschaft in Rom in Beziehung stehende Persönlichkeit handelt. Es ist selbstverständlich, daß die Regierung Denjenigen, die ihrem Dienste angehören, nicht das Recht zusteht, sich zu Trägern fremder politischer Bestrebungen zu machen. Die Frage: ob Letzteres in dem in Rede stehenden Falle geschehen, wird sich erst nach Eingang der sofort erforderten amtlichen Berichte entscheiden lassen."

— [Die preußische Expedition in Japan.] Einem Berichte der „Schl. Z." von der Rhede von Jeddo entnehmen wir noch Folgendes: Den 18. Januar. Wir hatten heute wieder einen Tag der Unruhe und heftigen Aufregung. Die Beerdigung Hewskins, des ermordeten amerikanischen Gesandtschaftsattaché's, war auf heute Mittag 1 Uhr angesetzt; schon der Morgen war stürmisch
die Hand im Spiele habe, gerechtfertigt war; so spiegelte sich vor meiner Phantasie das Bild einer Falle ab, zu der das bevorstehende Begräbniß für alle Europäer in Jeddo benutzt werden könnte. Dennoch hielt ich es für eine Pflicht, dabei nicht zu fehlen. Wir hatten Wind und Strom gegen an und trafen erst gegen 12 Uhr in Jeddo ein. Hier fanden wir in Akabani Alles in Aufregung. Das Gouvernement hatte den Gesandten Anzeige gemacht, daß die Verschwörer das Begräbniß zu einer allgemeinen Attake benutzen wollten, und gab den Rath, zu Hause zu bleiben. Die Gesandten erwiderten, daß, wenn einem einzigen Menschen ein Haar dabei gekrümmt werden sollte, Jeddo binnen 24 Stunden in Brand geschossen würde Zugleich wurde verlangt, daß die Gouverneure von Jeddo den Zug begleiten sollten. Als wir ankamen am Lande, wurde sofort ein Boot nach den Schiffen zurückgesendet und sämmtliche Seesoldaten mit Landungsgeschützen requirirt. Es war indessen bald ersichtlich, daß wir vor Abend auf keine Unterstützung würden rechnen können und es ward daher beschlossen, mit dem Geschäfte des Tages furchtlos vorzugehen. Wir hatten 30 Seesoldaten und etwa 30 Matrosen mit Zündnadelgewehren und Revolver bewaffnet, wir Zivilisten (das gesammte Personal aller hiesigen Gesandtschaften), fast das ganze Offizierkorps und die Kadetten von den Schiffen bildeten auch eine Masse von 60 Personen, so daß wir im Ganzen etwa 120 Mann stark, alle bis an die Zähne bewaffnet. 60 Zündnadelgewehre, 70 Revolver und 130 Schwerter bilden denn doch gegen eine Volksmasse eine gang ehrenwerthe Bewaffnung, und ein Entschluß war deutlich auf jedem Gesichte zu lesen, daß unser Leben nicht billig verkauft werden würde. Die 5 Gouverneure von Jeddo waren erschienen; sie wollten sich in ihren Norimons tragen lassen. Dies wurde verworfen, worauf sie einwilligten, zu reiten. Sie mußten den Zug eröffnen; hinter ihnen gingen 10 unserer Soldaten mit gefälltem Bayonnett, jeden Augenblick bereit, bei der geringsten Feindseligkeit zuerst die Gouverneure niederzuschießen; dann der Sarg, dann wir; auf beiden Seiten ging ein Detachement holländischer Seesoldaten, die mittlerweile noch gelandet waren. Den Zug beschlossen wieder unsere Soldaten, welche gelegentlich Front nach hinten machten, wenn das Volk zu dicht herandrängte. Ein merkwürdigeres Begräbniß ist wohl nie begangen worden; die Gesandten sämmtlich in großer Uniform und darüber den Revolver geschnallt; oder ist es nicht charakteristisch, daß selbst der Prediger mit dem Revolver in der Hand erschien? Der Zug ging rasch; jede Hand lag an der Waffe, jedes Auge ruhte scharf auf seiner Umgebung. Das Begräbniß selbst ging in Hast und ohne alle Feierlichkeit vorüber; wir erreichten in derselben Ordnung unser Hotel, dann unsern Landungsplatz und Abends um 6 Uhr lehnte ich wieder mit einem sehr wohlthuenden Gefühl der Sicherheit über die Brüstung des Schiffes. Uebrigens, „die Verschwörer waren dicht an unserer Seite", haben die Gouverneure nachher gesagt. — Den 21. Gestern ist wieder ein Mord in Jeddo vorgefallen. Einer von den kaiserlichen Jakonins, die dem amerikanischen Gesandten (Mr. Harris) zur Bewachung zugetheilt sind, wollte die außerhalb des Hotels in Seitengebäuden stationirte Wache von 150 Mann vor Nacht noch einmal inspiziren; bei dieser Gelegenheit wurde er ermordet. Dieser Vorfall zeigt, daß keine Mittel zur Ausführung des Verschwörungsplanes gescheut werden. Diejenigen, welche amtlich mit dem Schutze der Fremden betraut sind, erhalten die Warnung, daß auch sie nicht geschont würden, falls sie ihre Aufgabe ernst und treu erfüllen wollten. Alle Gesandten sind heute zu einer Konferenz zusammengetreten. — Den 22. Heute früh ging wieder ein Detachement Seesoldaten ans Land, dem morgen ein zweites folgen wird. Die Vertreter der auswärtigen Mächte haben sämmtlich beschlossen, Jeddo vorläufig zu verlassen und nach Kanagawa zu gehen. Es fühlt sich Niemand mehr sicher. Der englische Gesandte hat sich heute auf die englische Korvette „Encounter" und der holländische auf die holländische Kriegsbrigg „Cachelot" zurückgezogen; und da kein französisches Kriegsschiff zugegen ist, so hat sich der seltene Fall zugetragen, daß die „grande nation" sich unter den Schutz der Preußen gestellt hat. Preußische Seesoldaten schützen heute die französische Flagge. Preußen Schützer fremder mächtiger Nationen in fernen Meeren, wer hätte das vor 10 Jahren für möglich gehalten! In politischer Repräsentation hat überhaupt unser kleines Geschwader in der kurzen Zeit Außerordentliches geleistet. Wir haben hier erstlich die Honneurs gemacht für die russische Regierung bei Translozirung der Leichen der ermordeten Russen. Dann haben wir auf Requisition des englischen Konsulats dasselbe unterstützt bei der Befreiung eines von den Japanern eingekerkerten Engländers; jetzt haben wir einem geborenen Holländer und amerikanischen Staatsbeamten die letzten Ehren unter Gefahr des eigenen Lebens erwiesen, und zuletzt begiebt sich die französische Nation unter unsern Schutz. Ich glaube, daß die politische Seite der Expedition ihren Zweck mehr als jede andere erfüllen wird. Wenn wir nur erst anfingen, unsere eigenen Kastanien aus dem Feuer zu holen.

— [Eine gestörte polnische Demonstration.] Die Lokalblätter melden leider vom Charfreitag eine eben so unschickliche wie eigenthümliche Demonstration, wie deren Ausgang. Eine Anzahl junger Leute, mit polnischen Mützen bekleidet und eine polnische Fahne tragend, soll auf der Chaussee nach Tegel entlang gezogen sein. Das ziemlich bekannte Publikum der dortigen Gegend, namentlich Arbeiter und die sogenannten „Sandjungen" sammelten sich um das junge Polen; es kam von Spott und Schimpfreden zu Schlägen und die Fahnenträger wurden gewaltig durchgehauen, bis die Wiederhersteller Polens sich durch die Flucht der schlagenden Lektion entzogen. So beklagenswerth der Exzeß ist, so leichtsinnig ist er hervorgerufen worden! Die polnische Fahne wurde bei der Prügelei in Stücke gerissen. (N. P. Z.)

Magdeburg, 4. April. [Nationalverein.] In einer gestern Abend unter dem Vorsitze des Dr. Detroit abgehaltenen Sitzung von Mitgliedern des Nationalvereins, in der auch der Abgeordnete Schulze-Berlin einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag hielt, wurden folgende Beschlüsse gefaßt: „1) Um geordnete Rechtszustände in Deutschland wiederzuerlangen und zu begründen, ist nicht nur erforderlich, den gewaltsam herbeigeführten Verfassungsbruch in Kurhessen zu heilen, sondern es ist dazu eben so nothwendig, die in anderen deutschen Ländern einseitig und rechtswidrig beseitigten Staatsgrundgesetze, zumal wo sie, wie in Anhalt, legitim und verfassungsmäßig unter gleichzeitiger Mitwirkung der Krone und der Volksvertretung zu Stande gekommen waren, in ihrer
schen Regierungen und Volksvertretungen haben daher das gemeinsame Interesse, daß in allen Staaten Deutschlands das auf dem festen Grunde des Vertrags ruhende konstitutionelle Staatsrecht wieder in seine legitime Herrschaft eingesetzt werde. Aus diesen Gründen drückt die heutige Versammlung den Kämpfern für den verfassungsmäßigen Rechtszustand in Anhalt ihre lebhafte Anerkennung aus und hofft, daß sie in den thätigen Sympathien aller deutschen Patrioten die moralische Stütze finden, ihren guten und gerechten Kampf mit allen gesetzlichen Mitteln durchzuführen. 2) Die heutige Versammlung von Mitgliedern des deutschen Nationalvereins und Freunden der nationalen Sache in Magdeburg spricht gegen ihre deutschen Brüder in den Ostprovinzen unseres preußischen Vaterlandes die sichere Erwartung aus, daß dieselben die Rechte der deutschen Nationalität in ihren Heimathgegenden der Agitation der Polen gegenüber muthig zu wahren wissen werden, und versichern sie dabei der kräftigen und unbedingten Unterstützung des deutschen Volkes."

Bemerkenswerth dürfte sein, daß neben anderen auch die „Nationalzeitung" seit längerer Zeit schon, und namentlich wieder in ihrem vorgestrigen Leitartikel sehr entschieden für eine kräftige und einheitliche Haltung der Deutschen in der Provinz Posen sich ausspricht. Sie sagt da u. A.: „In diesem Augenblicke, wo die Vorgänge im russischen Polen unsere eigenen Mitbürger polnischer Abkunft so leicht irre führen können, ist es von großer Wichtigkeit, daß die deutschen Bewohner der Provinz Posen sich ihrer nationalen Pflichten erinnern und von diesem Bewußtsein offenes Zeugniß ablegen. Auf sie blickt jetzt das preußische, auf sie blickt das deutsche Volk. Sie können durch eine überlegte und kräftige Haltung sich um den Staat verdient machen und die Anerkennung der gesammten Nation erwerben. Sie brauchen zu diesem Behuf nur eingedenk zu sein, daß es Zeiten giebt, in denen der Staatsbürger, ohne darum ungerecht werden zu müssen, nicht neutral bleiben darf, sondern um des Staatswohls willen Partei ergreifen und den Muth einer entschiedenen Meinung zeigen muß. Die von polnischer Seite gegenwärtig erhobenen Ansprüche sind es, die den Deutschen in Posen diese Parteiergreifung zur Pflicht machen."

Oestreich. Wien, 4. April. [Prophezeiungen aus Ungarn.] Männer, welche den Verlauf der Landtagswahlen in Ungarn aufmerksam verfolgt haben, und denen die politische Vergangenheit der gewählten Deputirten bekannt ist, sprechen offen ihre Ueberzeugung aus, daß es der Staatsregierung nicht gelingen werde, mit diesem Landtage zu transigiren, oder auch nur mit seiner Unterstützung zu irgend welchen, sei es auch noch so dürftigen Ergebnissen zu gelangen. Eine starke Minderheit, welche die Lostrennung von Oestreich anstrebe, werde wahrscheinlich einen terrorisirenden Einfluß auf den Landtag üben. Sie empfange ihre Parole von Kossuth und leiste ihr unbedingt Folge; ihr Führer werde der bekannte Graf Teleki sein, den der Kaiser Anfang dieses Jahres amnestirt hat. Gegenwärtig hat die Partei Instruktionen erhalten, sich mit keinem noch so weit reichenden Zugeständnisse der kaiserlichen Regierung zufrieden zu stellen. Für die Palatinwahl macht der Landtag bekanntlich einen Ternevorschlag, aus welchem der König wählen muß. Die Kossuth'sche Partei im Landtag wird in erster Linie den Grafen Teleki vorschlagen; dieser wird ablehnen, worauf der zweite Vorschlag auf Ghizy Koloman fallen wird, einen Liberalen, der schwerlich die Kraft haben dürfte, gegen den antidynastischen Strom zu schwimmen. Dabei darf man nicht vergessen, daß das Amt des Palatins ungemein wichtig ist, da er nach den 1848er Beschlüssen, wenn der König nicht im Lande ist, die vollziehende Gewalt mit fast unbeschränkter Machtvollkommenheit ausübt, unverantwortlich ist, und die königliche Gewalt beinahe auf Null reduzirt. Daß der Landtag auf die Wahl des Erzherzogs Ferdinand Max, die der Hof zu wünschen scheint, eingehe, ist nicht zu hoffen; ebensowenig, daß er die Krönung dekretire. Sicher auf diesem Landtage, sagen die erwähnten Autoritäten, wird der König nicht gekrönt werden; man wird die Regierung zwingen, den Landtag aufzulösen. Ist das geschehen, dann will sich die Partei, mit diesem Beweis in der Hand, daß die östreichische Regierung Ungarn zu pazifiziren nicht im Stande sei, an den Großbeschützer der Revolution in Paris wenden, mit dem sie durch den Prinzen Jerome in fortwährendem Verkehr steht. Dann wäre der Augenblick zum Losschlagen gekommen. (N. P. Z.)

— [Tagesbericht.] Die Juden, welche sich seit dem Jahre 1848 in Städten und Dörfern Niederöstreichs, wo sie auch schon im 12. Jahrhunderte Grundbesitz hatten, wieder angesiedelt haben, wie in Krems, St. Pölten, Klosterneuburg, Stockerau u. s. w., haben nun die Bewilligung erhalten, sich als Gemeinden zu konstituiren. Die Juden in Krems, bei 400 an der Zahl, haben den ersten Sekretär der Gemeinde in Wien, Dr. L. A. Frankl, eingeladen, die Gemeindeordnung zu entwerfen. — Der vormalige Staats- und Konferenzminister, Graf Kolowrat-Liebsteinsky, ist so schwer erkrankt, daß er mit den Sterbesakramenten versehen wurde. Wie die „Autographirte Korrespondenz" erfährt, ist den Familien der in Dalmatien garnisonirenden Offiziere die Weisung zugekommen, wegen Kriegsgefahr das Land zu verlassen. (?) — Eine Kundmachung des Finanzministeriums zeigt an, daß nach dem Durchschnittskurse vom Monat März die im April verfallenden Nationalanlehenszinsen mit 46 Prozent Aufgeld zu bezahlen sind. — Gutem Vernehmen nach hat Bayern in Paris angefragt, ob Frankreich Einwände machen würde, wenn Bayern im Fall ernster Erschütterungen im Innern Oestreichs Salzburg und Tirol besetzen würde. — Ein Transport politischer Gefangener, 8 Köpfe stark, ist von Venedig in Wien eingetroffen und mittelst Nordbahn nach Olmütz abgegangen. — Bei der feierlichen Installirung der Kurie zu Pesth am 3. d. wurde das Veni sancte vom Fürsten-Primas zelebrirt. Sämmtliche Notabilitäten wohnten der Feier bei, worauf die Kurie sich im Saale versammelte. Den Vorsitz führte der Landesrichter. Derselbe wies auf die Bedeutung des Tages hin und kam auf die Errungenschaften in Wien zurück. Die Vorlagen der Justizkonferenz werden dem Landtag zur Begutachtung vorgelegt. Dieselben sollen, wenn von ihm genehmigt, zum Gesetz erhoben werden. Die bisherigen Gerichtsprovisorien sind aufgehoben. — Die städtischen Behörden in Pesth haben, so schreibt man der „A. Z." aus Wien, sich endlich ihrer Pflicht erinnert, und die nöthigen Anstalten getroffen, um die ausländischen Emissäre, welche die Stadt wie das Land überschwemmen, unschädlich zu machen. Eine Anzahl derselben ist bereits verhaftet worden. Sie sind reichlich mit französischem Gold versehen, und geben sich zumeist für Beamte der französischen Staatseisenbahngesellschaft aus. Ihr Bestreben war hauptsächlich darauf gerichtet, Demonstrationen zu veranlassen, um das Zusammentreten des Landtags zu hintertreiben, und die Regierung zur Proklamirung des Belagerungszustandes zu zwingen. — Am 1. d. fand zu Neusatz der feierliche Einzug des kaiserlichen Kommissars beim Nationalkongresse in Karlowitz statt. Derselbe wurde vom Bischof Platon Athanackowic mit einer der Feier angemessenen Ansprache begrüßt. Von nah und fern waren zahlreiche Volksmassen herbeigeströmt, die so wie die Kongreßmitglieder vom besten patriotischen Geiste und vom Vertrauen auf die gerechte Erfüllung der nationalen Wünsche beseelt sind. — Ein Telegramm in „Ost und West" aus Neusatz, 2. April, meldet die Eröffnung des Kongresses unter großem Jubel des Volkes. Der Patriarch habe in seiner Ansprache das Bedauern ausgedrückt, daß nicht die ganze Nation, namentlich die Bevölkerung der Grenze, im Kongreß vertreten sei. — Die Munizipalkongregation in Fiume hat den Antrag, eine Deputation zur Installirung des Banus nach Agram zu schicken, abermals abgelehnt. — In Prag sind am 30. März die Nummern des „Cas" und der „Narodni Listy" von der Polizeibehörde mit Beschlag belegt worden. — Aus Krakau wird berichtet, daß dort seit einiger Zeit der Zutritt zum Kastell nicht mehr gestattet wird. — Am 3. d. ist der französische Merkantildampfer „Stella", Kapitän Regnier, mit 262 päpstlichen Kriegsgefangenen aus Civitavecchia im Triester Hafen eingelaufen. — Die bis vor Kurzem in Galizien und der Bukowina herrschende Rinderpest ist als vollständig erloschen anzusehen. — Am 29. März um 1 Uhr 25 Min. nach Mitternacht wurde in Kronstadt in Siebenbürgen ein ziemlich starkes Erdbeben verspürt. — Aus Venedig, 28. März, wird gemeldet: „Auch hier haben Prediger, welche die Sache des Papstthums vertheidigen, einen äußerst starken Zulauf von Andächtigen. Es zeigte sich dies in den früheren Monaten bei Gelegenheit der Vorträge des hiesigen Domherrn Zinelli in der Markuskirche und bewährt sich auch gegenwärtig bei den Fastenpredigten eines berühmten neapolitanischen Kanzelredners in der St. Stephanskirche."

— [Die Ministerkrisis.] Aus der Feder eines gut unterrichteten Mannes liegt der „BHZ." ein Privatschreiben aus Wien vor, das über die Ministerkrisis einige nicht uninteressante Aufklärungen giebt. Es heißt darin unter Anderem: „Die Ministerkrisis hat noch keinen Schritt vorwärts zu ihrer Lösung gemacht. Man spricht von einem kaiserlichen Handschreiben an Schmerling, das diesen zum provisorischen Verbleiben im Amte bestimmt und die anderen deutschen Kabinetsmitglieder bewogen hätte, dieser Entschließung auch ihrerseits zu adhäriren. Wenn dem so wäre, und Jemand, dem ich glauben darf, versichert es, so hätten wir immer nur ein Provisorium, von einer definitiven Ausgleichung ist nicht die Rede. Ein Kompromiß ist mit den ungarischen Kabinetsmitgliedern nicht zu schließen, davon hat Schmerling, dieser eigentliche Mann der Kompromisse, sich wiederholt überzeugen können. Es ist übrigens nicht richtig, daß die Ungarn hinter dem Rücken ihrer deutschen Kollegen die Zustimmung des Kaisers erschlichen hätten. Nur Schmerling war abwesend, aber von Allem, was beabsichtigt wurde, zuvor durch vielfältige Diskussion genau unterrichtet; die übrigen Minister wußten jeden Augenblick, was vorging, und hatten sich bereits durch ein widersprechendes Votum erklärt. Der Sieg der ungarischen ist nichts als eine Frucht der Unentschiedenheit der deutschen Kabinetsmitglieder, die zwar immer gegen die ungarischen Propositionen

votirt, aber niemals daran gedacht hatten, aus deren Ablehnung eine Kabinetsfrage zu machen. Jetzt, mögen sie bleiben oder gehen, von den Zugeständnissen, die der Kaiser gemacht hat, ist nichts rückgängig zu machen. An Hübners Eintritt ist durchaus zu zweifeln, so lange Rechberg auf seinem Platze bleibt, und vorläufig bleibt er."

— [Die Unruhen in der Herzegowina.] Die „Oestr. Ztg." schreibt: „Rußland hat die Theilnahme Montenegro's an den Unruhen in den angrenzenden türkischen Provinzen desavouirt. Hr. v. Balabine hat gegenüber dem k. k. Minister des Aeußeren und dem Vertreter der Pforte am hiesigen Hofe diese Erklärung im Namen seiner Regierung abgegeben. In Folge dessen wurde auch der russische Konsul in Mostar angewiesen, Aehnliches dem Fürsten Nikolaus von Montenegro zu seiner Darnachrichtung mitzutheilen, was, wie wir erfahren, auch geschehen ist." Dem „Pesther Lloyd" wird von hier geschrieben: Es haben Unterhandlungen zwischen Oestreich und der Pforte stattgefunden, welche zu dem Ergebnisse geführt haben, daß der Zeitpunkt und die Umstände vereinbart worden sind, wann unsere Regierung sich gegenüber der Bewegung in der europäischen Türkei zu einer Intervention veranlaßt sehen wird. Die Anwesenheit Philippovichs steht mit diesen Unterredungen im Zusammenhange.

— [Ernennungen.] Aus der Reihe von Ernennungen zu Landmarschällen und Landeshauptlenten heben wir folgende heraus: zum Oberstlandmarschall des Königreichs Böhmen ist ernannt der Geh. Rath Albert Graf v. Nostiz-Rienek; zu dessen Stellvertreter in der Leitung des Landtages Bürgermeister von Prag Dr. Wanka; zum Landeshauptmann der Markgrafschaft Mähren Graf Dubsky; zu dessen Stellvertreter Landesadvokat Dr. Wenzlizke; zum Landeshauptmann des Herzogthums Ober- und Niederschlesien Graf Johann Larisch-Mönnich; zu dessen Stellvertreter Bürgermeister von Troppau Dr. Hein; zum Landmarschall des Erzherzogthums Oestreich unter der Enns der Fürst Joseph Colloredo-Mannsfeld; zu dessen Stellvertreter Statthalterei-Vizepräsident Joseph Frhr. v. Kalchberg; zum Landeshauptmann des Erzherzogthums Oestreich ob der Enns der Abt des Prämonstratenserstiftes Schlägel P. Lebschy; zu dessen Stellvertreter Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Wieser; zum Landeshauptmann der gefürsteten Grafschaft Tirol Oberlandesgerichtsrath v. Klebelsberg; zu dessen Stellvertreter Gutsbesitzer v. Zallinger. Aehnlich sind für Salzburg, Kärnthen, Görz und Gradisca, Istrien adlige und bürgerliche Namen neben einander gestellt; nur in Vorarlberg sind Landeshauptmann und Stellvertreter bürgerlich.

— [Blutige Wahlschlacht.] Der „Presse" wird aus Dunavecse (Pesther Komitat) unter 26. März geschrieben: Heute sollte hier die Deputirtenwahl vorgenommen werden. Die beiden Kandidaten waren Graf Julius Teleki und Joseph Farkas; für letzteren stimmten die Einwohner unseres Ortes. Sie schienen, nach der Abhaltung der üblichen Standreden, dem obligaten Absingen des Szozat und den einleitenden Prügeleien die Majorität der Anwesenden zu bilden, als die Partei Teleki plötzlich durch massenhafte Zuzüge von auswärts verstärkt wurde. Durch diesen Umschwung der Dinge erbittert, fiel die Partei Farkas über einen Stoß von 14 Klafter Holzscheiten, welcher sich auf dem Marktplatze befand, her und warf die Klötze gegen die Köpfe der Majoritätsanhänger; diese ergriffen die Geschosse, und stürmten damit bewaffnet auf die Gegner ein und schlugen sie nach einem furchtbaren Gemetzel aus dem Felde. Hierauf drangen weißbefederte Telekianer in das Gemeindehaus, zertrümmerten Thüren und Fenster und hausten arg in dem in diesem Gebäude untergebrachten Steueramte. Der Kleinrichter wurde getödtet und drei andere Personen der Partei Farkas sind beinahe todtgeschlagen; der Richter, ein Führer der Partei Farkas, konnte zum Glücke trotz alles Suchens nicht aufgefunden werden, sonst hätte man ihn auch ermordet. Graf Julius Teleki wurde ebenfalls verwundet und mußte sich durch die Flucht retten; wie Viele verletzt wurden, kann jetzt noch nicht angegeben werden. Die Wähler des Grafen, welche wie bemerkt, von auswärtigen Ortschaften kamen, trugen die Holzscheite als Trophäen mit sich fort; eine Stunde nach der Wahlschlacht war kein Kopf derselben mehr im Orte sichtbar. Das von Teleki bestellte großartige Diner blieb wegen Abzug der Gäste unberührt. Die Gährung ist groß und weitere heftige Auftritte sind zu befürchten.

— [Pulvertransport; Straßenkrawall.] Man schreibt der „Br. Z." aus der Bukowina: An demselben Tage, an dem man in Czernowitz einen nicht unbedeutenden Transport Schießpulver durch Zufall konfiszirte (s. Nr. 78), versuchte man 2 Meilen von dort (zu Chrodyn) eine noch größere Quantität dieses gefürchteten Vernichtungsstoffes über die Grenze nach den Donaufürstenthümern zu schmuggeln. Die Fässer, in denen das Pulver emballirt war, wurden theilweise für Camphin-, theilweise für Naphthatonnen deklarirt. Durch Verrath oder Wachsamkeit der Finanzbeamten, läßt sich schwer entscheiden, wurde die aus ca. 40 Ztr. bestehende Fracht ins k. k. Pulvermagazin geschafft. Hier sich aufhaltende Moldauer, Ungarn 2c. 2c. lachen über den Verlust, der sie betrifft, indem sie meinen: den kleinen Rest können wir leicht entbehren, da die Haupttransporte bereits geborgen sind. Die Stimmung ist im Allgemeinen eine gereizte, und hiesige Propheten weissagen einen baldigen, nicht geahnten Umsturz der Dinge. Der Abendgottesdienst in der römisch-katholischen Kirche in Czernowitz wurde neulich auf eine höchst traurige Art unterbrochen und konnte die schlimmsten Folgen haben. Die einzige katholische Kirche ist im Verhältniß zu der Bevölkerung von Czernowitz klein zu nennen, daher standen am bezeichneten Tage viele tausend Menschen, die das Gotteshaus nicht faßte, vor dem Haupt- und Nebenportale, um wenigstens Zeugen der Prozession zu sein. Unter den Zuschauern war die jüdische Bevölkerung stark vertreten, betrug sich aber ernst und anständig; dagegen machten es sich mehrere übermüthige Burschen zum Vergnügen, die älteren Israeliten zu foppen, indem man ihnen zu verstehen gab, daß die Feier ihnen, als strengen Altgläubigen, ein Gräuel sein müsse. Ein jüngerer Jude ließ sich verleiten, zu antworten, und im Augenblick nahm das ganze Volk gegen die Juden Partei, fiel über sie her und verjagte sie mit Stockhieben unter den brutalsten und gemeinsten Redensarten von dem öffentlichen Platze. Namentlich Damen, auch der sogenannten gebildeten Klasse der christlichen Bevölkerung, zeichneten sich in ihrem Eifer bei der Verfolgung der Juden aus. Es wäre gewiß bis zu Greuelscenen bei der herrschenden Aufregung des Volkes gekommen, wenn die Scene nicht eine plötzliche Aenderung erlitten hätte. Die frommen Besucher im Gotteshause konnten bei den geöffneten Thüren das Wogen und Drängen der außenstehenden Volksmasse nach einem bestimmten Punkte hin sehen und auch das Gebrüll hören, ohne den Grund davon zu ahnen; plötzlich bemächtigte sich ihrer der Gedanke, Feuer möge der Grund sein, und die versammelte Gemeinde strömte den schmalen Ausgängen zu. Das Gedränge war fürchterlich. Da tönte auf einmal wirklich der Ruf: Feuer! Feuer! und zwar aus der Kirche heraus. Die Altäre mit vielen tausend Kerzen und Lichtern dekorirt, konnten dem Herausdrängen der Menschenmasse nicht widerstehen, ein Altar wurde umgeworfen, im Augenblick fingen die Draperien Feuer. Mehrere entschlossene Männer rissen zwar die Vorhänge herunter und machten der Gefahr dadurch ein Ende, aber das verzweifelnde Herausdrängen hatte seinen Höhepunkt erreicht. Der Ruf: Feuer! hatte sich schon verbreitet, das Militär alarmirte, ebenso der Thurmwächter und Spritzen kamen bereits gerasselt. Erst nach längerer Zeit konnte das aufgeregte Volk beruhigt werden, das am liebsten die unschuldigen Juden gelyncht hätte. Patrouillen durchzogen die Straßen, um die Ordnung aufrecht zu erhalten, und auch die später stattgefundene Prozession ging ohne Störung zu Ende. Menschenleben sind glücklicher Weise nicht zu beklagen, um so bessere Geschäfte sollen aber die Taschendiebe gemacht haben.

Hamburg, 5. April. [Telegramm.] Nach hier eingegangener Nachricht aus Itzehoe von gestern Abend besagt die Erklärung der Regierung im Wesentlichen zunächst: Die Versammlung könne auf Grund der ihr zu ertheilenden Aufklärungen Vorschläge zur Regulirung des holsteinschen Budgets für 1861—1862 machen, über welche die Regierung beschließen wird. Alsdann heißt es in der Erklärung wörtlich: „Es darf nicht angenommen werden, daß die Stände, denen in keiner Weise irgend welche verfassungsmäßigen Ansprüche zustehen, ein Budget, selbst nicht einmal das für die besonderen Angelegenheiten des Herzogthums, zu verhandeln, und die nicht berechtigt sein können, aus obschwebenden Differenzen zwischen der königlichen Regierung und dem deutschen Bunde eine Kompetenz für sich herzuleiten, unter den ihnen dergestalt ausnahmsweise eingeräumten Verhandlungen über das einer zweijährigen Finanzperiode angehörige Budget für 1861—1862 in ihren Beschlußnahmen in der Weise sollten auftreten wollen, daß die Allerhöchste Sanktion ihren Vorschlägen nicht zu Theil werden könnte." Der Berichterstatter bedauert, daß die Regierung nicht Bedacht genommen habe, der Versammlung beruhigendere Mittheilungen zugehen zu lassen. — Nach einem Telegramm der „Hamburger Nachrichten" aus Kopenhagen besagt auch der gestern zitirte Artikel der „Departementstidende", daß Frankreich, England, Rußland und Schweden Dänemark am 1. März aufgefordert haben, das Budget, so weit es Holstein betreffe, vorzulegen. Dänemark habe in einer Note vom 4. März geantwortet, daß Dänemark mit dem §. 13 der Resolution vom 23. September 1859 eine solche Vorlage gemacht. Lord Wodehouse hat sein Einverständniß mit dieser Vorlage zugestanden und nichts Anderes auf die Interpellation Ellenboroughs erwidert.

Hessen. Kassel, 5. April. [Freisprechung.] Das Obergericht hat das Urtheil des Kriminalgerichts gegen den Redakteur Dr. Oetker wegen Majestätsbeleidigung aufgehoben, denselben freigesprochen und die Staatsbehörde, so weit dies gesetzlich zulässig, zur Tragung der Kosten beider Instanzen verurtheilt. (Tel.)

Sächs. Herzogth. Gotha, 4. April. [Ueber die Heuglin'sche Expedition] sind Nachrichten hier eingetroffen, nach denen Heuglin mit seinen Begleitern, welchen sich noch ein Gärtner aus Leipzig angeschlossen hat, am 21. v. M. in Kairo eingetroffen sein muß. Der Vizekönig von Egypten hat sich der Expedition sehr günstig gezeigt und namentlich Befehl gegeben, den Reisenden ein königliches Dampfboot für die Weiterreise zur Disposition zu stellen. Was die bis jetzt für die Expedition eingezahlten Beiträge betrifft, so haben dieselben die Summe von 15,872 Thlrn. erreicht, unter denen sich auch 5000 Francs befinden, welche die Bundesregierung der Schweiz dem hiesigen Komité in diesen Tagen übermacht hat. (N. P. Z.)

Schleswig, 2. April. [Rüstungen.] Die Befestigungsarbeiten in der Dannevirkestellung werden in den nächsten Tagen, der „Fl. Z." zufolge, rascher vorwärts geführt werden als bisher. Man erwartet hier nämlich den Ingenieurgeneral Schlegel, welcher die Oberleitung derselben übernehmen wird. Es kommen beständig neue Abtheilungen Ingenieure, Arbeiter, so wie Material zu den Fortifikationen an. In der nächsten Woche erwartet man hier das 20. Infanteriebataillon aus Kopenhagen. Vor einigen Tagen erschienen ein Kanonenboot (Nr. 9) und ein Transportdampfschiff in der Schlei. Letzteres brachte Bauholz, Arbeitsgeräthschaften, Requisiten fur die Ingenieure 2c. Die sonst so öden Straßen der Stadt sind belebter als seit vielen Jahren.

Großbritannien und Irland.

London, 3. April. [Preußen und Dänemark.] Die hiesigen Blätter führen seit einigen Tagen eine Sprache, als seien die preußischen Garden bereits in Hamburg eingerückt und wären jeden Augenblick bereit, den Rubikon zwischen der Vorstadt St. Pauli und Altona zu überschreiten. Die „Times" ist wieder an der Spitze und schimpft die wohlbekannten Register gegen Preußen durch. Nach ihr zu urtheilen, wollen wir das Schwärzeste, haben aber nicht den rechten Muth, es wirklich zu thun. Hohn und Abneigung diktiren alle diese Worte gegen uns und doch wird, im Handumdrehen, an anderer Stelle wieder verlangt, daß wir an die Aufrichtigkeit sogenannter guter Rathschläge glauben sollen. Die „Times" schreibt: „Frankreich würde vielleicht den Angriff auf Dänemark nicht mißbilligen, wenn es sich durch Wegnahme des Rheins entschädigen könnte. Preußen weiß am besten, welche Ansichten der Kaiser der Franzosen über diese Frage in Baden-Baden ausgesprochen.... Ist Preußen bereit, den Rhein einzusetzen, vielleicht noch mehr, um den Schleswig-Holsteinismus glorreich durchzuführen?" So geht es weiter. All dies ist nutzloser Lärm. Man ist in Printing House Square schlecht unterrichtet, oder man will es sein.

— [Kossuth] hat ein Schreiben an die Polen gerichtet, um ihnen Ruhe in Gegenwart der liberalen Dispositionen, welche die russische Regierung zeige, anzuempfehlen. Er würde für seinen Theil jede revolutionäre Einmischung, sei es seiner Mitpatrioten in Polen, sei es der Polen in Ungarn, zurückweisen. Er würde anrathen, jede Art von Konflikt zu vermeiden, die Allianz Frankreichs, Rußlands und Italiens wäre ein sicherer Bürge der Versprechen der Zukunft für Polen.

Frankreich.

Paris, 3. April. [Die italienischen Verwickelungen.] Man hat hier auf diplomatischem Wege die Nachricht erhalten, daß sich gelegentlich der Anerkennung des Königreichs Italien von Seiten Englands in London der folgende sehr eigenthümliche Zwischenfall zugetragen hat. Die Mitglieder des Unterhauses für Irland hatten sich zu Lord Palmerston und zu Lord John Russell begeben, und den Ministern die Vorstellung gemacht, daß sie, im Falle England weitere Angriffe Piemonts gegen den Papst zugäbe, dem Ministerium ihre Stimmen entziehen würden. Eine ähnliche Drohung hat schon früher stattgefunden. Als daher Lord John Russell dem Marquis d'Azeglio wissen ließ, die Königin sei bereit, ihn als Gesandten des Königs von Italien zu empfangen, unterrichtete er ihn gleichzeitig, daß in derselben Depesche, in welcher Sir James Hudson dieser allerhöchste Entschluß mitgetheilt wird, Vorstellungen enthalten sind, einen weiteren Angriff auf den Kirchenstaat zu unterlassen. Es hat dieser Fall seine sehr ironische Seite, denn es ist bekannt, daß gerade der Sturz der weltlichen Macht des Papstes der englischen Politik eines der größten Ergebnisse der italienischen Revolution war. Man sieht hier zunächst einer sehr verhängnißvollen Verwirrung der neapolitanischen Angelegenheiten entgegen. Es haben sich daselbst in jüngster Zeit kommunistische Ideen entwickelt, in Folge deren der Diebstahl als eine nicht mehr zur Kategorie der Verbrechen gehörende Erscheinung auftritt. Don Liborio Romano steht an der Spitze der republikanischen Bewegung, während, wie ich Ihnen neulich schon schrieb, der Muratismus unter den ehemaligen Anhängern des bourbonischen Königshauses bedeutende Fortschritte gemacht hat. Unter diesen Umständen muß der neue Brief des Prinzen Murat, den seltsamerweise selbst die offiziösen Journale veröffentlichen, hier einen besonders nachhaltigen Eindruck hervorrufen. Anhänger des Prinzen sind von Neapel nach Rom und von dort nach Paris gegangen, wo sie allerlei Eventualitäten auseinandersetzen. Zu diesen gehört, daß man den Prinzen entweder in Neapel selbst, oder in den Provinzen zum Könige proklamiren und eine neue Volksabstimmung ausschreiben könnte. Auch verliert man sich hier in Voraussetzungen über die Bedeutung der Rüstungen in mehreren Seehäfen und über die immer bestimmter auftretenden Nachrichten von einem schon in den nächsten Tagen bevorstehenden Einfalle von Freikorps in östreichisches Gebiet, während man andererseits doch weiß, daß die italienische Armee im Augenblicke völlig außer Stande ist, den Krieg gegen Oestreich aufzunehmen. Es ist nur zu wahr, daß dieser Zustand der Armee die wahre und alleinige Ursache des Rücktritts des Generals Lamarmora ist. Man hatte diesen General nämlich mit einem Avant-Posten-Kommando betraut, das er nicht behalten wollte, wenn man ihm nicht gleichzeitig Garantien für eine stark organisirte Armee gäbe, von der er die Avantgarde bilden sollte. Ratazzi hat dem Grafen Cavour die Freundschaft beinahe offen gekündigt, und sowohl in der piemontesischen Deputirtenkammer, wie im Senat finden Reibungen statt, welche das Werk der Unifikation Italiens sehr erschweren werden. (Pr. Z.)

— [Tagesbericht.] Der heutige „Moniteur" bringt das Dekret, wodurch der Hirtenbrief des Bischofs von Poitiers wegen Amtsmißbrauchs unterdrückt wird. — Das „Journal des Débats" enthält heute einen vom Redaktionssekretär unterzeichneten Artikel über die englischen Rüstungen. Lord Palmerston spreche von der Gefahr einer Invasion. Frankreich waffne nicht. Die französische Marine stehe an Zahl, Bemannung und Material der englischen nach. Mit Ausnahme der in den chinesischen Gewässern befindlichen Schiffe habe Frankreich kein einziges Schiff mehr als gewöhnlich ausgerüstet. England habe im Mittelländischen Meere 16, Frankreich nur 8 Schiffe. England habe im Kanal ein Geschwader, Frankreich habe daselbst kein einziges Schiff. Es sei an der Zeit, daß auch Frankreich rüste, um unvorhergesehenen Ereignissen gewachsen zu sein. — Es herrschen hier große Kriegsbesorgnisse. Der heutige Artikel des „Journal des Débats" hat große Sensation gemacht. — „Patrie" und „Pays" stellen den Besorgniß erregenden Charakter der östreichischen Vorbereitungen in Abrede, es seien dieselben lediglich defensiver Natur. Die genannten Abendblätter stellen es in Abrede, daß Anwerbungen Garibaldischer Freiwilligen stattfinden; Piemont nehme dieselben mit Zustimmung Garibaldi's in die in Bildung begriffenen Regimenter auf. — Man spricht von bedeutender Verstärkung der Ostarmee. In Toulon wird unglaublich gearbeitet und gerüstet. Das Levantegeschwader erhält Verstärkung, um der neuerdings vermehrten englischen Flottenabtheilung einigermaßen ebenbürtig zu sein. General Lamirault soll Befehl erhalten haben, sich mit seiner Division nach Toulon zu begeben. Gleichzeitig wird die Armee von Lyon verstärkt. — Der Ueberbringer der famosen muratistischen Adresse soll, wie auch zu erwarten stand, der Sohn des bourbonischen Ministers Ulloa sein. General Ulloa, der toscanische Föderalist, hat nichts mit dieser traurigen Angelegenheit zu thun; er beabsichtigt sogar öffentlich gegen jede Namensverwechslung zu protestiren. Die angeblichen 700,000 Unterschriften sollen sich auf eine weit geringere Zahl reduziren und sehr verdächtigen Ursprunges sein. Sie kommen zum größten Theile von Leuten her, die gar nicht schreiben können, und die gegen eine geringe Gratifikation ihren Namen den betreffenden Subskribentensammlern, gleichviel zu welchem Zwecke, zur Verfügung stellten. Man hat, wie man vernimmt, ganze Dorfschaften en bloc für die Liste eingehandelt! — In den Verhandlungen über den belgisch-französischen Handelsvertrag soll ein Stillstand eingetreten sein. Wir verlautet, kann man sich über den Alkoholtarif nicht einigen. — Wie verlautet, übernimmt Marschall Mac Mahon das Oberkommando über das Lager von Chalons; vielleicht ersetzt er dann später den Marschall de Castellane in Lyon, der das Oberkommando in Toulon übernehmen würde. Niel soll für Lille bestimmt sein.

— [Die Alliirten in China.] Ein Schreiben des „Moniteur" aus China theilt Folgendes mit: „Die rasche Zunahme in den chinesischen Zollerträgnissen, welche von den fremden Agenturen ohne Störung und ohne Plackereien erhoben werden, hat einen so günstigen Eindruck auf den Prinzen Kong gemacht, daß er keine Zeit verlor, dem fremden Handel freiwillig zwei neue Häfen, oberhalb Che-Kiang an dem großen Strome Yang-Tse gelegen, zu öffnen. Kraft dieser unerwarteten Konzession wird eine englische Flo-

tille diesen Weg benutzen, um in das Innere des himmlischen Reiches vorzudringen. Man vermuthet, daß diese Flotille englische Konsularagenten an Bord hat, und Kriegsschiffe in Che-Kiang, Nanking und Hangkow zurücklassen wird. In letzterem Hafen hofft der englische Handel die bedeutendste Niederlage zu errichten, weil diese Stadt zur Verbindung des Transito's von China und Europa sehr vortheilhaft gelegen ist." Den „Débats" schreibt man aus Saigon vom 13. Februar: „Die aus China ankommenden, mit Truppen und Kriegsmaterial beladenen Fahrzeuge sammeln sich allmälig unter der Flagge des Vizeadmirals Charner. Der jüngste Erfolg unserer Waffen, der die Anamiten von unseren Positionen zurückgedrängt hat, scheint mit dem moralischen Eindruck der Einnahme von Peking auf den Hof von Hue gewirkt zu haben. Wir zweifeln hier nicht an dem schnellen und vollständigen Resultat dieses neuen Unternehmens, aber der Admiral bereitet sich darauf vor, als sollte es unvorhergesehene Schwierigkeiten darbieten, und Jedermann findet, daß er Recht hat. Kontre-Admiral Page ist mit der „Renommée" von Japan angekommen, wo, nach den umlaufenden Gerüchten zu urtheilen, die Sachen keineswegs günstig stehen. Die Engländer hätten sich Unklugheiten, um nicht zu sagen Angriffe, zu Schulden kommen lassen, zu denen sie durch nichts berechtigt gewesen wären."

— [Rüstungen.] Der „N. P. Z." wird aus Paris geschrieben: Es ist eine Thatsache, daß in allen Arsenalen eine auffallende Thätigkeit herrscht. In Toulon durften die Arbeiten nicht einmal während der Osterfeiertage ausgesetzt werden.

— [Prinz Murat.] Die „Opinion nationale" bemerkt zu dem Briefe des Prinzen L. Murat: „Italien hat Garibaldi, Victor Emanuel und Cialdini viel zu verdanken; aber wir sehen nicht, was Prinz Murat für Italien gethan hat; er würde selbst sehr in Verlegenheit sein, wenn er es sagen sollte. Er lebte sehr friedlich in Paris, in seinem Hotel, oder in Buzenval, in seinem Schloß, während die Tapfern jenseits der Alpen für die Freiheit kämpften. Italien kennt ihn nicht und sein Name ist nur eine Erinnerung, die Allem, was seit einem halben Jahrhundert in der Halbinsel sich ereignet hat, fremd ist. Prinz Murat hat Ursache gehabt, dies je zu vergessen. Er wird in Italien finden und hat ohne Zweifel gefunden den Beistand irgend eines Herzogs und einiger ergebenen Leute, wie Liborio Romano, aber die Masse des Volkes erkennt nur zwei Chefs an: Victor Emanuel und Garibaldi und selbst die Minorität hat nur zwei Häupter: Mazzini und den Bourbon, der in Rom Münzen mit seinem Bildniß schlagen läßt."

Italien.

Turin, 2. April. [Die Besatzung in Venetien; Verhaftungen; Schiffe nach Ancona.] In ganz Venetien befindet sich kein einziger italienischer Soldat mehr. Die Truppen des Exherzogs von Modena haben sich solcher Unerhörtheiten schuldig gemacht, daß die Bewohner sich beim Statthalter deren Stellvertretung durch kroatische Truppen ausgebeten haben. Diese sind denn auch in die genannte Provinz geschickt worden. (?) — In Parma, Bologna und Ravenna ist eine gewisse Anzahl von Garibaldianern verhaftet worden. weil dieselben sich anschickten, gegen die östreichische Grenze zu marschiren. — Das italienische Geschwader soll vor Ancona geschickt werden; Oestreich hat dem Gouverneur von Triest den Befehl ertheilt, für den Fall, daß diese Maaßregel wirklich ausgeführt werden sollte, sämmtliche Hafenplätze von Illyrien in Belagerungszustand zu erklären. (K. Z.)

— [Rüstungen.] In einem Schreiben der Pariser „Presse" aus Turin wird über die Rüstungen gemeldet: „Mantua ist seit Langem entvölkert, und in Verona würde ohne seine 30,000 Mann starke Garnison, welche einige Privatindustrien nährt, die Auswanderung allgemein sein. Von Touristen u. dgl. sieht man gar nichts. Alles geschieht auf die geheimnißvollste Weise, beim Abmarsche eines Regiments erfährt der Oberst erst im letzten Augenblicke den Bestimmungsort. Sämmtliche Soldaten sind feldmäßig gekleidet, und die Offiziere sagen überall, daß sie in zwei Monaten in Mailand sein werden. Was besonders auffällt, das ist die ausgezeichnete Haltung der Truppen, der gute Zustand des Materials, die Schönheit und Kraft der Pferde und die ungeheure Anzahl der Kanonen, welche man durchkommen sieht. Die ganze Infanterie ist mit ausgezeichneten gezogenen Gewehren versehen, und der Train läßt nichts zu wünschen übrig. Ich glaube schon deshalb, daß ein Angriff bevorsteht, weil die Lage Oestreichs unerträglich ist und unmöglich so fortdauern kann. Die italienische Armee, sagt man, ist noch nicht so weit, einen Stoß Oestreichs aushalten zu können; wenn ich diesem auch nicht gerade absolut widerspreche, so will ich doch bemerken, daß Bologna mit seinem verschanzten Lager und seinen neuen Befestigungswerken leicht mit 40,000 Mann Garnison eine drei Mal so starke Armee in Schach halten kann. Was den Uebergang über den Mincio und einen Einfall in die Lombardei betrifft, so kann dies Oestreich nicht bewerkstelligen, ohne einen mit Frankreich unterzeichneten Vertrag zu zerreißen."

Turin, 3. April. [Die römische Frage; Garibaldi.] Die „Opinione" sagt in einer Erwiderung auf einen Artikel des „Corriere mercantile" über die auf die römische Frage bezügliche Rede des Grafen Cavour: Die französische Okkupation würde nicht fortdauern können, ohne die Stellung Frankreichs schwieriger zu machen; Frankreich belasse seine Truppen in Rom, um den Papst zu schützen: aber sobald Italien die ausgedehntesten Bürgschaften für die Sicherheit des Papstes und für die Freiheit der Kirche gewähre, könne die Mission der französischen Soldaten von dem nationalen Heere mit Würde erfüllt werden. — Garibaldi ist (wie schon berichtet) diesen Mittag in Turin eingetroffen. Er wurde mit Enthusiasmus empfangen. Der Zudrang des Volkes war ungeheuer. Garibaldi hat das Mandat eines Abgeordneten zum Parlament für die Stadt Neapel angenommen. Man glaubt, er werde den Diskussionen der Kammer in Betreff Süditaliens beiwohnen.

Die Ereignisse im Kirchenstaat und in Neapel.

Man schreibt der „K. Z." aus Rom, 30. März: Von den zu verschiedenen Malen über die Grenze getretenen und entwaffneten neapolitanischen Truppen, welche hierher gebracht und durch die Menschenfreundlichkeit der römischen Regierung eine Zeit lang verpflegt wurden, ist neueren Bestimmungen nach nur dem kleinsten Theile gestattet worden, so lange in päpstliche Dienste zu treten, bis König Franz wieder den väterlichen Thron besteigt. Die ungleich größere Mehrzahl kehrte auf Requisition der piemontesischen Behörden im Königreiche beider Sicilien, und weil man den Einzelnen Verzeihen und Vergessen zusicherte, in die Heimath zurück. Vier sardinische Dampfer kamen nach Civita Vecchia, sie einzunehmen. Diese Fahrzeuge wären darüber fast mit der vor dem dortigen Hafen stationirten päpstlichen Dampfkorvette in ernsten Konflikt gerathen. Die piemontesischen Offiziere wünschten ans Land zu treten, um während der Einschiffung der ehemaligen Soldaten die Stadt anzusehen, was der päpstliche Delegat verweigerte. Die Korvette hatte Befehl, sie mit Gewalt am Aussteigen zu verhindern. Die Offiziere wandten sich darauf an den französischen Platzkommandanten, der ihnen ohne Weiteres willfahrte, und gelandet, blieben sie in Gesellschaft französischer Offiziere, mit denen sie auch zusammen speisten. — Der Doktor Pantaleoni mußte vorgestern die Stadt verlassen. Seine Familie (er ist mit einer Engländerin verheirathet) folgte ihm nach Florenz. Er saß im Jahre 1848 in der Cancelleria auf der Rechten der Deputirtenkammer und entrann wegen seiner damaligen Mäßigung nur mit Mühe dem von einem exaltirten Republikaner auf ihn gemachten Attentate. — Der Verkauf der hiesigen Paläste des Königs von Neapel ist noch unentschieden, weil der König hofft, durch Napoleons Vermittlung das hiesige Eigenthum sich zu erhalten, auch wenn die Piemontesen Rom besetzten, oder wenigstens doch einen günstigeren Augenblick für die Veräußerung abzuwarten. Sein Aufenthalt scheint sich bis zu Anfang Mai verlängern zu wollen.

Rußland und Polen.

Warschau, 3. April. [Provisorische Munizipalräthe; Entlassung von Beamten.] Art. 12 des Ukases vom 14. (26.) März d. J., die dem Königreich Polen bewilligten Konzessionen betreffend, bestimmt, daß in Warschau und den anderen bedeutenderen Städten des Königreichs Munizipalräthe errichtet werden sollen, deren Mitglieder wählbar sind. Mit der interimistischen Wahnehmung der Funktionen des Munizipalrathes für die Stadt Warschau sind mit Genehmigung Sr. Durchlaucht des Fürsten-Statthalter betraut worden: Jakob Lewinski, Domherr Wyszynski, Stecki, Hr. Tit. Chalubinski, Xaver Schlenker, Joseph Kraszewski, Dominik Zielinski, Jakob Natanson, August Trzetrzewinski, Stanislaus Hiszpanski, Jakob Piotrowski, Ber Meisels. Die genannten Bürger werden unter dem Vorsitz des Präsidenten (Bürgermeister) der Stadt so lange die im §. 13 des obengedachten Ukases vorgesehenen Funktionen ausüben, bis derselbe in Ausführung gebracht sein und die vorgenommene Wahl die Munizipalräthe definitiv bestimmt haben wird. Die Thätigkeit des provisorischen Bürgerausschusses erlischt mit dem heutigen Tage. — Auf Veranlassung des Generaldirektors der neuerrichteten Regierungskommission der religiösen Kulte, haben der Staatsrath v. Stender als Mitglied des Edukationskonseils und Vorsitzender der Examinationskommission, der Titularrath Hignet als Oberzensor (s. Nr. 77) ihre Entlassung genommen und erhalten. Der Erstere hat seinen Posten wegen der Unkenntniß der polnischen Sprache verlassen müssen, der Letztere ist eine in Polen mißliebige Persönlichkeit, ein Anhänger des Muchanoff'schen Systems. Die Entfernung Hignets hat allgemeine Befriedigung hervorgerufen. Von viel größerer Bedeutung ist aber die Entlassung des Generallieutenants Abramowicz aus dem Verhältniß eines Intendanten der kaiserlichen Theater und die Berufung des Obersten, Grafen Hauke, in die Stellung desselben. Der General Abramowicz hat seit seiner Verwaltung als Oberpolizeimeister der Stadt Warschau nie in der Gunst des Landes gestanden, so daß es nicht überraschen konnte, seine Entfernung mit solcher Energie gefordert zu sehen. Graf Hauke verwaltet seit etwa einem Jahre das Fürstenthum Lowicz, er ist ein naher Anverwandter des Kaisers, im Lande aber nicht unbeliebt. (Br. Z.)

— [Der Munizipalrath; Volsversammlung; die „Gazeta Codzienna".] Gestern Abend nach 11 Uhr verkündete die Delegation der in der Ressource ungeduldig wartenden Menge, daß dieselbe aufgehoben ist, und dafür 12 aus ihrer Mitte den einstweiligen Munizipalrath der Stadt bilden sollen. Wiewohl die Funktionen des Munizipalrathes wenig politischer Natur sind, so wird es unter den angeblichen Verhältnissen doch nur vom Munizipalrathe selbst abhängen, sich zu einer politischen Körperschaft zu machen. Den Vorsitz wird der bisherige Stadtpräsident Andrault führen. Er ist ein Mann, der sichs zum Gebrauch gemacht hatte, wenn er zu einer städtischen Lizitation oder bei anderen ähnlichen Gelegenheiten in den Rathssaal kam und dort Juden sah, schnell die Fenster zu öffnen und in seinem russischen Polnisch zu sagen: „Es riecht nach Juden!" Anfangs weigerte sich der provisorische Munizipalrath, unter dem Präsidium eines solchen Mannes zu tagen, aber die Vorstellung, daß das Provisorium nur kurz und also auch der Stadtpräsident nicht lang wäre, bewog sie, auch in diesen sauren Apfel zu beißen. — Ob die Volksversammlungen in der Ressource noch nach wie vor geduldet sein werden, nachdem die Delegation jetzt ihren Sitz nach dem Rathhause verlegt hat, ist fraglich. Gestern Abend bot diese einen Anfangs stürmischen Anblick dar. Nachdem das Mitglied der Delegation, Herr Piotrowski, die obige Mittheilung gemacht, wurde er über das Schicksal der zwei noch übrigen politischen Zitadellengefangenen (die anderen sind nach und nach freigelassen worden) interpellirt. Herr P. gab eine beruhigende aber etwas kühle Antwort und ging zurück in den Sitzungssaal der Delegation. Da drangen Studenten unter der Führung eines eben erst aus der Zitadelle entlassenen Kollegen in den Saal und sprachen in etwas stürmischer Form die Delegation um ihre Verwendung für die unter mannichfachen Leiden Schmachtenden an. Darauf trat ein Herr Ruprecht, der vor nicht langer Zeit aus Sibirien entlassen heimgekehrt ist, mit einer beruhigenden Rede auf, welche Alle zu Thränen rührte. — Die soeben erscheinende „Gazeta Codzienna" trägt heute zum ersten Male den Namen „Gazeta Polska" (polnische Zeitung) und spricht sich in ihrem Leitartikel über die Bedeutung dieses Namens dahin aus, daß sie „die Gleichberechtigung aller derer vertheidigen will, die an der Brust der polnischen Erde erzogen sind". Sie sagt über den Adel, daß er eine Erinnerung an neue Pflichten und Opfer und nicht ein Recht bedeute. „Neben den Adelskleinodien und dem Ritterdegen" hält sie für gleich achtenswerth „den Hammer des Handwerkers, den Pflug des Bauern und die kaufmännische Elle und Waage, von ehrlicher und arbeitsamer Hand geführt". (Br. Z.)

— [Zur Bauernemanzipation.] Da der Fürst Statthalter es für nöthig findet, eine angemessene Lösung der auf die Verhältnisse der Gutsherren zu ihren Ackersleuten bezüglichen Fragen zu beschleunigen, hat er es für zweckmäßig erachtet, daß, bevor der Staatsrath eröffnet werden kann, eine gewisse Anzahl von Grundbesitzern, die mit dieser Angelegenheit besonders vertraut sind, berufen werde, um ihr Gutachten über die Entwürfe abzugeben, welche in dieser Beziehung in der Regierungskommission des Innern vorbereitet werden sollen. Zu diesem Zweck hat der Fürst-Statthalter den Auftrag ertheilt, zu den Berathungen, welche in obiger Angelegenheit unter persönlicher Leitung des Generaldirektors des Innern oder eines von diesem zu bezeichnenden Beamten und auf geschehene Zusammenberufung durch den Präsidirenden stattfinden sollen, folgende Personen einzuladen: Thomas Potocki, Alexander Jackowski, Titus Woyciechowski, Alexander Ostrowski, Franz Wenglenski, Alexander Kurtz, Klemens Krzyztoporski, Anton Wrotrowski, Leopold Kronenberg und Graf Sigismund Wielopolski. — Auf Ermächtigung Seitens des Fürsten Statthalters hat der präsidirende Generaldirektor in der Regierungskommission für Kultus- und Unterrichtswesen die geistlichen Behörden aufgefordert, dem Landvolk die folgende Bekanntmachung von den Kanzeln zu verkündigen: „Im Einvernehmen mit der Regierung haben die Staatsbürger, welche Grundbesitzer sind, sich ernstlich damit beschäftigt, den bisherigen Frohndienst in ein Zinsverhältniß umzuwandeln. Außerdem haben viele Gutsbesitzer den Wunsch zu erkennen gegeben, daß nach Feststellung des Zinses vermittelst freiwilliger Uebereinkunft zwischen ihnen und ihren Ackersleuten dieser Zins ein- für allemal abgelöst werden möchte, und es liegt dieser Wunsch gegenwärtig der für Euer Wohl besorgten Regierung zur Erwägung vor. Sobald die Regierung diesem Wunsche sich geneigt zeigt, werden zwischen euch und den Gutsherren freiwillige Verträge über die Ablösung geschlossen werden können, und durch solche Verträge werdet ihr nach Verlauf gewisser Jahre in den Besitz von Gemeinde-Grundstücken gelangen. Dies wird im Auftrage des in der Regierungskommission für Kultus- und Unterrichtswesen präsidirenden Generaldirektors zu eurer Kenntniß gebracht, und es ergeht an euch zugleich die Aufforderung, euch die Fürsorge der Regierung und den guten Willen der Gutsherren zu Nutze zu machen und die Abschließung freiwilliger Verträge, zunächst über die Zinsen und seiner Zeit über deren Ablösung euch angelegen sein zu lassen, dabei aber euch ruhig zu verhalten und sowohl der Regierung wie den Gutsherren, die gleichwie diese auf euer Wohl bedacht sind, euer Vertrauen zu schenken." (Pr. Z.)

— [Wohlthätigkeit; die Exzesse in Kalisch.] Dem Pariser „Moniteur" aus Warschau geschrieben, die dortigen Damen hätten, um der arbeitenden Klasse kund zu thun, wie sehr sie deren verständige und patriotische Haltung schätzten, am Osterfeiertage Mahlzeiten anrichten lassen, zu denen je 25 Arbeiter in jedes angesehene Haus eingeladen und gastfrei traktirt wurden. Man schätzt die Zahl der so Bewirtheten auf 4000. — Ueber die Unruhen in Kalisch am 30. März bemerkt dasselbe Blatt in seinem Bulletin: „Diese bedauerlichen Exzesse können der Sache einer edelsinnigen Nation nur schaden, und in ihrem Interesse liegt es und ist eine Ehrensache für sie, auf den Rath zu hören, welchen ihr Fürst Gortschakoff in seinen Proklamationen giebt."

Warschau, 4. April. [Demonstrationen.] Gestern Abend hat in der Krakauer Vorstadt eine religiös-patriotische Demonstration stattgefunden. Eine große Masse Menschen versammelte sich um das dortige Marienstandbild, bei welchem am 27. März die fünf Opfer fielen, und sang auf den Knieen kirchliche und vaterländische Lieder, darunter das Lied mit dem in deutscher Sprache etwa folgendermaßen lautenden Refrain:

> Vor Deinem Altar knien wir betend nieder,
> Gieb, Herr, ein freies Vaterland uns wieder!

Am Schlusse der Andacht trennte man sich mit dem Versprechen, heute wieder zu kommen; man begab sich indeß nach Hause, nicht ohne vorher bei dem Schlosse vorübergekommen zu sein, obwohl junge Leute die Heimkehrenden ausdrücklich gebeten hatten, den Weg zu vermeiden. Soeben hat die Wiederholung der gestrigen Andacht ganz in derselben Weise wie gestern stattgefunden. Man sang wieder drei Lieder und trennte sich dann ruhig. Mehrere tausend Menschen wohnten der friedlichen Demonstration bei. Die Polizei hatte in einiger Entfernung Posten aufgestellt, welche den Droschken einen anderen Weg anwiesen, und nach dem Schlusse der Scene fuhr auch der Oberpolizeimeister, Oberst Rozwadowski, langsam durch die Straßen. Morgen Vormittag soll in der reformirten Kirche ein Gottesdienst stattfinden, bei dem man zu den begonnenen Reformen den Segen von Oben erbitten will. Es scheint jedoch nicht, als ob die Ruhe so vollständig werde aufrecht erhalten werden, wie es der Delegation und der freiwilligen Bürgerwache gelungen ist. Das Volk ist mißtrauisch und unzufrieden, und da es nun keine Bürger mehr am Ruder der öffentlichen Angelegenheiten sieht, so glaubt es ungünstigen Gerüchten viel leichter, als früher. Auch mehren sich die Nachrichten von Unruhen in der Provinz. So hat in Pulawy, wo man bekanntlich im konfiszirten Czartoryski'schen Schlosse eine Mädchenerziehungsanstalt nach russischem Muster placirt hat, eine Demonstration der jugendlichen Töchter des Landes gegen ihre Leiter stattgefunden. In Grodno und Kijew sollen die Unruhen von größerem Umfange gewesen sein. — Die Nationaltrauer dauert ungeschwächt fort, ja in den letzten Tagen haben viele junge Leute zu den bisherigen Abzeichen noch Trauerbänder auf den Achseln hinzugefügt. Das Theater ist, da Niemand die Vorstellungen besucht, wieder bis auf Weiteres geschlossen worden. (Schl. Z.)

Türkei.

Konstantinopel, 22. März. [Befreiung einer Christensklavin.] Am Bord des letzten Sonnabend aus Trapezunt angekommenen Lloydschiffes „Aquila Imperiale" ereignete sich folgender Vorfall. Der Kapitän des Schiffes, Anton Rossol, erfuhr in der Nacht vor dem Einlaufen in den Bosporus, daß sich am Bord ein Christenmädchen aus Kutais befinde, welche als Sklavin in Konstantinopel verkauft werden sollte. Da dieses Mädchen den Schutz der östreichischen Flagge anrief und um Befreiung aus den Händen der am Bord befindlichen Tscherkessen bat, warf der Kapitän Anker in Katabusch und setzte von diesem Vorfall die östreichische Gesandtschaft in Kenntniß, welche sogleich den Gesandtschafts-Dragoman Koßjek an Bord des Schiffes sandte, um den Sachverhalt zu untersuchen. Derselbe ließ sich das Mädchen vorstellen, fand jedoch heftigen Widerstand von Seiten der

(Fortsetzung in der Beilage.)

Tscherkessen, bis es ihm mit Hülfe der Kawassen gelang, das Mädchen aus den Händen der ersteren zu befreien und in Sicherheit zu bringen. Da dasselbe eine Christin aus Kutais und somit russische Unterthanin war, wurde sie der russischen Botschaft übergeben und in das russische Palais gebracht. Leider ist das arme Geschöpf schwer erkrankt, wahrscheinlich in Folge der Aufregung, genießt jedoch eine sehr gute Pflege und wird, hoffentlich bald ganz hergestellt, einer besseren Zukunft entgegengehen. Es ist ein 16jähriges Mädchen, Namens Natalia, das durch seine eigene Tante um den Preis zweier Pferde an die Sklavenhändler verkauft worden war. (Tr. Ztg.)

Konstantinopel, 27. März. [Englisches Finanzreformprojekt.] Der englische Gesandte hat der Pforte Vorschläge zur Finanzreform gemacht, Veröffentlichung des Budgets empfehlen, zur Sparsamkeit, zur Konsolidirung der Staatsschuld und zur Ausgabe von Papiergeld gerathen. Diese Vorschläge sind vom Divan gut aufgenommen worden.

Asien.

Schanghai, 6. Febr. [Englische Niederlassungen am Yang-tse-kiang.] Die lang ersehnte Eröffnung des Yang-tse-kiang wird in ein paar Monaten Verwirklichung finden. Admiral Sir James Hope verläßt uns am 9. d. Mts. mit einem Geschwader und geht nach Hankow, der bedeutendsten Handelsstadt am Yang-tse-kiang, ungefähr 900 englische Meilen von hier gelegen, um daselbst und an einem zweiten Platze jenes Flusses englische Niederlassungen zu gründen, Konsulate zu errichten und, wenn es sein muß, den Insurgenten, welche das ganze rechte Ufer des Yang-tse-kiang von Nanking herunter beherrschen, einzuschärfen, fremden Verkehr auf dem Yang-tse-kiang unangetastet zu lassen.

Amerika.

Newyork, 15. März. [Situation seit der Sezession; Fort Sumter; aus dem Senat.] Der „Wes. Zeitung" schreibt man von hier: „Die allgemeine Lage hat sich seit dem Regierungswechsel wenig verändert; die Haltung der Grenzstaaten namentlich, von der Alles abhängt, ist nach wie vor eine abwartende. In Virginien, wo das Unions-Element durch den üblen Eindruck der heimlichen Reise Lincolns nach Washington (noch immer Gegenstand zahlreicher Karrikaturen), durch übertriebene Vorstellungen von der in der Hauptstadt zusammengezogenen bewaffneten Macht und durch die Auslegung, welche die sezessionistischen Mitglieder des Bundessenats für diesen Staat, Mason und Hunter, den entschiedenen Stellen der Inauguraladressen zu geben gewußt haben werden, etwas ins Gedränge gerathen ist, wird sich die Konvention doch zunächst zu weiter nichts als zu der vorgeschlagenen Konferenz der Grenzstaaten allein durch Entsendung von Deputirten nach Frankfort in Kentucky entschließen. In jenem Staate wirkt im Sinne der Union neuerdings besonders William Rives, bekannt als Gesandter der Vereinigten Staaten in Frankreich zur Zeit der Julirevolution, wo er wesentlich dazu beitrug, den ihm genau befreundeten Lafayette von dem Gedanken an die Republik abzubringen. In Nord-Karolina hat sich eine Majorität von etwa 1000 Stimmen gegen den Zusammentritt einer Staatskonvention, zu welcher gleichzeitig eventuell 65 Unionsmänner und 33 Sezessionisten gewählt waren, erklärt. Viele mögen die Konvention gewünscht haben, um der sezessionistischen Legislatur, welche noch kürzlich den mit den Feuereiferern sympathisirenden Senator Clingmann auf sechs Jahre wieder in den Bundessenat gewählt hat, die Sache aus der Hand zu nehmen. In Maryland machen die Freunde der Sklavenhalter zwar in Konventionen auf eigene Hand wo möglich den meisten Lärm, ohne aber viel Beachtung auf sich zu ziehen. Kentucky wird zu seinem jetzt heimkehrenden, von Nord und Süd in der Union gefeierten alten Crittenden, fest zum Bunde stehen. Tennessee freut sich seines durch die Politik des Südens plötzlich besonders in Memphis zu großem Schwung gelangten Baumwollenhandels; Baumwolle, die sonst nach New-Orleans hinunterging, steuerte jetzt in großen Quantitäten den Ohio aufwärts, den nördlichen Häfen zu; Missouri ist gesund und Arkansas wird auch die Krisis überstanden haben. Der Kongreß dieser Staaten in Frankfort, welcher, wie die Peace-Konvention (deren Mitglieder indeß zum Theil von den Gouverneuren designirt waren) aus Deputirten der Legislaturen bestehen soll, wird aber wahrscheinlich im Mai zusammentreten. Es ist immer ein Gewinn; der überschüssige Dampf kann abziehen und ganz unter sich werden jene Staaten sich die unschätzbaren Vorzüge des alten Bundes eingestehen und klar machen. Inzwischen wird man sich überzeugen, daß die republikanische Regierung bei dem Zustande, in welchem ihr das Land von ihrer Vorgängerin überliefert ist, an nichts weniger denkt, als an Gewalt, um dem Bundesrecht in den aufständischen Theilen Achtung zu verschaffen. Ja wir werden sogar in den nächsten Tagen aller Wahrscheinlichkeit nach die Räumung des vielberufenen Fort Sumter erleben. Die Nachricht des „Herald" aus Washington von gestern, daß die Frage bereits in diesem Sinne entschieden sei, ist falsch. Die Besatzung des Forts hat nur noch für knappe 14 Tage Proviant; die Südkaroliner haben den Winter benutzt, an dem Ufer der Bucht, mitten in welcher das Fort liegt, ansehnliche Werke aufzuführen, die jeden Zugang beherrschen und von beträchtlichen Truppenabtheilungen vertheidigt werden. Zum Entsatze würde es einer Armee von mindestens 10,000 Mann, nach anderen militärischen Gutachten des Doppelten bedürfen. Abgesehen von allen politischen Erwägungen würde es der Regierung aber an der dazu erforderlichen Macht fehlen; die nöthigen Schiffe wären am Ende noch da, aber woher die Mannschaft nehmen? In Washington sind, wie man weiß, 653 Mann; etwas mehr liegen in den Forts von Virginien und Nord-Karolina, die man aus Furcht vor den Sezessionisten nicht entblößen mag; einige kleine Posten in den südlichen Forts; 2500 Mann hat eben General Twiggs in Texas aufgelöst; ca. 1000 Mann stehen gegen die Mormonen im Felde, so daß vielleicht nicht viel mehr als 1000 Mann, über den ganzen Kontinent verzettelt, die aktive Heeresmacht dieser großen Republik bilden. Auf dem Papier figuriren allerdings 3 Millionen Milizen; allein über den Antrag, diese dem Präsidenten zur Verfügung zu stellen, hat das Repräsentantenhaus zu keinem Beschluß kommen können. So bleibt denn der Regierung Nichts weiter übrig, als nach dem Spruche: „der Starke weicht zurück" zu handeln. Dem Präsidenten wird es wohl noch einige Noth machen, sich mit seinen Freunden im Norden, wie mit seinen eigenen emphatischen Erklärungen vom 4. März abzufinden. — Im Senat hat sich die Majorität jetzt vollständig eingerichtet und allen Komité's Vorsitzende aus ihrer Mitte, von der entschiedensten Richtung gegeben; so Sumner für die auswärtigen Angelegenheiten, Fettenden von Maine für die Finanzen; Letzterer, der an die Stelle Hunters von Virginien tritt, wird damit Führer des Hauses. Die Sitze der Senatoren, welche in Folge der Sezession ihrer Staaten sich verabschiedet hatten, sind für vakant erklärt, während man bis dahin ihren Austritt, den sie nicht förmlich angezeigt hatten, ignorirte. Ein Versuch, auch den exzentrischen Senator Wigfall von Texas auszuschließen, ist einstweilen nicht gelungen; er bleibt noch immer, weil er noch keine offizielle Anzeige von dem Austritt seines Staates hat, und amüsirt sich und andere damit, daß er Reden hält, in denen er erklärt, er sei eigentlich ein Fremder (foreigner) und schulde der Bundesregierung keine Treue (allegiance). Foster von Connecticut, ein gemäßigter Republikaner, beantragte seine Ausstoßung deshalb, die Demokraten aber nahmen ihren Parteigenossen lebhaft in Schutz, und Mann von Virginien setzte die andere Seite in nicht geringere Verlegenheit durch die Erklärung, auch er halte sich zu keiner allegiance der Bundesregierung gegenüber verpflichtet; diese gebühre nur seinem Staate; das sei sein einziger Souverän. Interessant ist es, zu erfahren, daß diese staatsrechtliche Frage 1833 von dem höchsten Gerichtshofe von Süd-Karolina dahin entschieden ist, daß das von der dortigen Legislatur angenommene Gesetz, welches den Milizoffizieren den Eid der allegiance gegen den Staat auferlegte, verfassungswidrig und nichtig sei, weil der Bürger allegiance zunächst nur den Vereinigten Staaten schuldig sei und nur in zweiter Linie dem Einzelnstaate; die entgegenstehende Doktrin sei „ungesund und ketzerisch". Erkannt in einem Falle des Staates gegen einen gewissen Hunt, der mit Mehreren seinen Eid weigerte. Der Senat, dem dies nicht gegenwärtig war, verwies die Sache an seine Justizkommission; da es aber zur Ausstoßung eines Mitglieds zweidrittel Mehrheit bedarf, so wird man den Fall wohl nicht weiter verfolgen. So vertreibt sich der Senat die Zeit, die ihm reichlich von den Geschäften, für die er in außerordentlicher Sitzung noch auf circa 14 Tage zusammengetreten ist, den Prüfungen und Bestätigungen der neuen Anstellungen übrig bleibt."

— [Aus dem Senat.] Vorgestern wurde im Senate der Vereinigten Staaten ein Antrag des Senators Douglas, den Präsidenten zu Mittheilungen mit Bezug auf die Forts, Arsenale u. s. w. in den südlichen Staaten zu veranlassen, mit 24 gegen 16 Stimmen verworfen. Dagegen wurde nach langer Debatte ein von dem Senator Fessenden gestellter Antrag, die Senatoren aus den ausgeschiedenen Staaten von der Liste der Senatsmitglieder zu streichen (oder wie es in der beliebten mildernden Redaktion heißt, sie nicht mehr in der Liste aufzuführen) mit 24 gegen 10 Stimmen angenommen. Dasselbe Mitglied des Senats, das zu den näheren Freunden Lincolns gehört, erklärte in der gestrigen Senatssitzung, die Politik der Regierung habe eine durchaus friedliche Tendenz, die Regierung werde sich keine Autorität anmaßen, welche nicht streng im Gesetze begründet sei, und werde überhaupt nicht handeln, bevor nicht eine hinreichende Zeit zur gründlichen Erwägung der betreffenden Fragen verflossen sei. Es stimmt damit überein, was man von den Berathungen der letzten Tage über die unzweifelhaft beschlossene Räumung des Forts Sumter hört (es scheint sich nur noch darum zu handeln, ob die Räumung zur See oder zu Lande bewerkstelligt werden soll), so wie die Erklärung, welche der Präsident selbst gestern einem Mitgliede des Konventes von Virginia gegeben hat, der zufolge die schon erwähnte Absendung von Kriegsschiffen nach dem Süden nicht aus kriegerischen Absichten, sondern nur zu dem Zwecke geschehe, die Truppen in Texas und das im Süden stationirte Geschwader mit Lebensmitteln zu versehen. Der Präsident soll sogar in seinen Mittheilungen an dieses Konventsmitglied von Virginia so weit gegangen sein, zu erklären, vor Ablauf von 60 Tagen werde mit Bezug auf die Angelegenheiten des Südens nichts unternommen werden.

Lima, 28. Februar. [Die Lage.] Bolivia verharrt noch fortwährend in dem provisorischen Zustande, der durch die Vertreibung von Linares und durch die Einsetzung der provisorischen Regierung hervorgerufen ist. Belzu dagegen liegt an der Grenze auf der Lauer und wird ganz bestimmt die erste beste Gelegenheit wahrnehmen, um wieder die Zügel der Regierung in die Hände zu bekommen. Das peruanische Heer unter San Roman liegt nach wie vor ruhig in seinen Kantonnements an der Grenze und wartet vergebebens auf Beschäftigung; dagegen arbeitet man hier im Kongreß bereits daran, dem Präsidenten seine „außerordentliche Vollmacht" wieder abzunehmen, weil die Veranlassung zu einem Kriege mit Bolivia nicht mehr vorhanden sei.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

— Der Gesetzentwurf, betreffend die Erweiterung des Rechtsweges, umfaßt 16 Paragraphen in vier Abschnitten, von denen der erste die vermögensrechtlichen Ansprüche der Staatsbeamten aus ihrem Dienstverhältniß, insbesondere Ansprüche auf Besoldung, Pension oder Wartegeld, der zweite öffentliche Abgaben im Allgemeinen, der dritte die Stempelsteuer, der vierte Kirchen-, Pfarr- und Schulabgaben betrifft. Als leitender Gesichtspunkt hat für diese ganze Materie die Erwägung gegolten, „daß die Zulässigkeit des Rechtsweges überall da die Regel bilde, wo Jemand in seinen Privatrechten, d. h. in seiner individuellen Rechtesphäre dem Gesetze gegenüber, verletzt zu sein behauptet, und daß, wo das bestehende Recht nach dieser Seite hin Beschränkungen statuirt habe, dieselben zu beseitigen seien, soweit dies mit dem öffentlichen Wohle vereinbar erscheine." Ad 1. Die in der Allerh. Ordre vom 21. Mai 1825 und vom 7. Juli 1830 und mehreren späteren Bestimmungen enthaltenen positiven Vorschriften, welche die schließliche Entscheidung in derartigen Fällen dem Könige, beziehungsweise dem Staatsministerium übertragen hatten, sind nicht ferner aufrecht zu erhalten. Nach Entscheidung des Verwaltungschefs muß die Klage binnen sechs Monaten angebracht werden, und zwar gegen die betreffende Provinzialbehörde, resp. gegen die Bezirksregierung, in Hohenzollern gegen die Regierung zu Sigmaringen; Appellation, Nichtigkeit, Rekurs steht beiden Theilen auch dann zu, wenn der Betrag der streitigen Forderung die für jene Rechtsmittel sonst vorgeschriebene Summe nicht erreicht. Die Entscheidungen der Disziplinar- und Verwaltungsbehörden über Amtsentlassung und dergleichen, über Ordnungsstrafen, sowie darüber, ob und wie weit eine geforderte Vergütigung in Ermangelung eines vorher bestimmten Betrages oder Maaßstabes derselben mit der betreffenden Leistung im Verhältniß stehe, sind für die Beurtheilung der vor den Gerichten geltend gemachten vermögensrechtlichen Ansprüche maaßgebend; ebenso nächst den besonderen Zusicherungen und den Besteuerungen der allgemeinen Landesgesetze, die betreffenden königlichen Anordnungen, so wie die Verfügungen der Ministerien und Provinzialbehörden, soweit sie nicht den Gesetzen oder königlichen Anordnungen zuwiderlaufen. Ad 2 (öffentliche Abgaben im Allgemeinen). Die Sätze, welche auf diesem Gebiete zur Zeit Geltung hatten, lassen sich dahin zusammenfassen: „1) Ob eine Forderung, eine Steuer, eine allgemeine Anlage" im Sinne des Gesetzes sei, hat lediglich die Verwaltungsbehörde zu bestimmen. 2) Ueber die Verbindlichkeit zur Entrichtung allgemeiner Anlagen findet kein Prozeß statt, aus welchem Grunde auch immer der ungesetzlichen Erhebung, der Prägravation oder sonst ein Anspruch gegen den Berechtigten auf Befreiung geltend gemacht werden möchte, mit alleiniger Ausnahme der folgenden Nummer. 3) Behauptet Jemand aus den drei besonderen Gründen: Vertrag, Privilegium oder ersitzender Verjährung die Befreiung von einer Abgabe, so soll er darüber rechtlich gehört werden. 4) Behauptet Jemand in der Bestimmung seines Antheils, über die Gebühr belastet zu sein, so ist hierüber ein Prozeß unter den Kontribuenten, jedoch nur unter diesen, zulässig." Diese Sätze sind zwar im Allgemeinen richtig und entsprechen dem Hoheitsrechte des Staates in Steuersachen, Steuern werden nur in Gemäßheit des Gesetzes erhoben und beigetrieben, aber die Anwendung des Gesetzes setzt eine besondere Sach- und Fachkenntniß voraus, und die Entscheidung kann nicht in andere Hände, als die der dazu allein qualifizirten Verwaltungsbehörden gelegt, noch gegen deren Festsetzungen die Berufung auf den Rechtsweg, in welchen ein von minder umfassenden Gesichtspunkten ausgehendes Gutachten von Sachverständigen oder ein der genügenden Grundlagen entbehrendes Arbitrium den Ausschlag geben würde, zugelassen werden. Außerdem ist von der richtigen und pünktlichen Beitreibung der Steuern die Erfüllung des Etats, der ganze Finanzbetrieb, ja die Erhaltung des Staatswesens überhaupt abhängig. Dies erfordert ohne Zweifel, daß den Verwaltungsbehörden die unbedingte Vollstreckungsbefugniß in Beziehung auf Abgaben, sowie die ausschließliche Entscheidung darüber zustehe, ob nach Inhalt eines bestimmten Steuergesetzes eine Abgabe überhaupt oder in dem festgesetzten Betrage erhoben werden könne, und ob in jedem besonderen Falle die zur Einziehung einer öffentlichen Abgabe erforderlichen thatsächlichen Voraussetzungen vorliegen; dem Interesse des Ganzen wird daher in diesen Beziehungen das Privatinteresse des Einzelnen untergeordnet werden müssen. Demnach muß in gewissen Fällen der Anspruch des Einzelnen auf Erstattung des Gezahlten im Rechtswege durchführbar sein. Das Landrecht selbst (§§. 78, 79, 59 Thl. II. Tit. 14) hat solche Ausnahmen aufgestellt. Ueber den Umfang und die Grenze derselben haben zu allen Zeiten erhebliche Zweifel geherrscht. Durch die Allerh. Ordre vom 18. November 1828, welche als authentische Deklaration zu betrachten, ist der Streit zu Gunsten der Verwaltung entschieden worden. Gleichwohl erscheint eine Erweiterung des Rechtsweges zulässig in folgenden Fällen: Entweder wird die Rechtmäßigkeit der Forderung an sich eingeräumt, aber (exceptio litis finitae) behauptet, daß die betreffende einzelne Forderung durch Zahlung oder einen derselben gleichstehenden Aufhebungsgrund der Obligation getilgt oder durch Verjährung erloschen sei (im Gegensatz zu der ersitzenden Verjährung, durch welche allein jetzt nach §. 8 Th. II. Tit. 14 Allgem. Landr. die Befreiung von einer Abgabe im Rechtswege geltend gemacht werden kann), und diese Frage ist völlig unabhängig von dem Rechtsgrund der Forderung an sich; oder es wird von dem Herangezogenen behauptet, daß die geforderte Abgabe gar keine Staatsabgabe sei, sondern nur auf Grund eines aufgehobenen privativen Fundamentes (der Gutsherrlichkeit, als gewerbliche Abgabe oder dergleichen), habe gefordert werden können, und dann steht ein gesetzlich begründetes Recht dem Hoheitsrecht des Staats gegenüber. In beiden Fällen soll nun der Rechtsweg zulässig sein, im ersten Falle abermals mit sechsmonatlicher Präklusivfrist. Ad. 3. Bei der Stempelsteuer wird der Rechtsweg ferner in den Fällen eröffnet, in denen es sich um die Verbindlichkeit zur Entrichtung eines Werthstempels oder eines nicht nach dem Betrage des Gegenstandes zu bemessenden Vertragsstempels handelt; diese Fälle können allein zu Zweifeln Anlaß geben und sind am zahlreichsten; bei Strafverfahren wegen Defraudationen ist der etwaige Einwand der Nichtverpflichtung zur Zahlung binnen zwei Monaten zivilrechtlich geltend zu machen und das Strafverfahren bis dahin zu sistiren. Ad 4. „Die Nr. 1—3 der Allerhöchsten Ordre vom 19. Juni 1836, betreffend die exekutivische Beitreibung der Kirchen-, Pfarr- und Schulabgaben, umfassen: 1) alle beständigen, dinglichen oder persönlichen Abgaben und Leistungen, welche an Kirchen und öffentliche Schulen oder an deren Beamte vermöge einer allgemeinen gesetzlichen Verbindlichkeit zu entrichten sind; 2) dieselben Abgaben, wenn die Verbindlichkeit zur Entrichtung auf notorischer Orts- oder Bezirksverfassung beruht; 3) die Forderungen öffentlicher Schul- und Erziehungsanstalten an Schul- und Pensionsgeld. Nach der Praxis des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte ist durchweg der Grundsatz festgehalten, daß die sämmtlichen Forderungen der Nr. 1—3 in Beziehung auf die Zulässigkeit des Rechtsweges den allgemeinen Anlagen und Abgaben ganz gleich stehen und demgemäß insbesondere darüber, ob im konkreten Fall eine derartige Abgabe auf notorischer Orts- und Bezirksverfassung beruhe, lediglich von der Verwaltungsbehörde zu finden sei. Mit einem Atteste derselben, daß gewisse, bestimmte entscheidende Merkmale vorhanden seien, hat sich der Kompetenzgerichtshof aber jederzeit begnügt, um die Notorietät als erwiesen anzusehen und den Rechtsweg auszuschließen. Diese Lage der Sache bedarf einer Aenderung, wenn der Einzelne den Anforderungen der angeblich Berechtigten gegenüber nicht des genügenden rechtlichen Schutzes entbehren soll." Die Nr. 3 der Allerhöchsten Ordre vom 19. Juni 1836 wird aufgehoben und „zur größeren Deutlichkeit" in §§. 15 und 16 ausgesprochen, wie zu unterscheiden sei 1) zwischen denjenigen Abgaben, welche auf allgemeiner gesetzlicher Verbindlichkeit oder einer von der Aufsicht führenden Regierung angeordneten Umlage beruhen, und 2) denjenigen, welche auf Grund einer notorischen Orts- und Bezirksverfassung zu entrichten sind, resp. den Forderungen öffentlicher Schul- und Erziehungsanstalten an Schul- und Pensionsgeld. Beiden soll die vorläufige Exekutionsbefugniß belassen werden, der Rechtsweg aber muß ad 2 überall und ad 1 insoweit gestattet sein, als dies bei öffentlichen Abgaben der Fall ist.

— Der Gesetzentwurf betreffend „einige Aenderungen und Ergänzungen des Gesetzes vom 11. Mai 1842 über die Zulässigkeit des Rechtsweges in Beziehung auf polizeiliche Verfügungen und des Gesetzes vom 11. März 1850 über die Polizeiverwaltung besteht nunmehr aus 11 Paragraphen. Aus Anlaß zunächst der Kompetenzkonflikt-Frage hervorgegangen, umfaßt er auch andere einschlagende Fragen und erstreckt sich auf folgende fünf Punkte: 1) auf die Zulässigkeit des Rechtsweges gegen polizeiliche Verfügungen überhaupt (§§. 1, 2); 2) auf die Zwangsbefehle zur Durchführung dieser Verfügungen (§§. 3, 4); 3) auf die Form dieser Zwangsbefehle (§§. 5—7); 4) auf die Zulässigkeit des Rechtsweges gegen derartige, durch Androhung und Festsetzung einer Geldsumme oder einer Zwangshaft exequirte Befehle (§§. 8—10); 5) auf den Erlaß ortspolizeilicher Verordnungen (§. 11). Ad I. Das Gesetz von 1842 wollte die ungenügend erachteten §§. 38—40 der Verordnung vom 26. Dezember 1808 über die verbesserte Einrichtung der Provinzialbehörden verbessern und die Zahl der Konflikte vermindern. Dieser Zweck ist nicht erreicht, ist auch auf diesem Gebiete durch Gesetze nicht zu erreichen, da die Polizei täglich in Gefahr kommt, Privatinteressen zu verletzen, und dagegen immer der Schutz des Richters angerufen werden wird. „Die Verwaltung wird allein durch weise Mäßigung bei ihrem Einschreiten die Zahl der Konflikte vermindern können. Die Gesetzgebung kann insbesondere nicht unternehmen, das eigentliche Gebiet der polizeilichen Thätigkeit und den Begriff der „polizeilichen Verfügungen" schärfer zu beschreiben. Es wird und muß hier maßgebend bleiben, daß unter diesen Begriff alles fällt, was im Gegensatz zu Justiz- und Finanzsachen als Regierungssache bezeichnet werden kann." Für die Grenzen zwischen Justiz und Verwaltung sind folgende prinzipielle Gesichtspunkte festzuhalten: „Eine Einwirkung der Justiz findet nur da statt, wo Befugnisse des Einzelnen, welche seine individuelle Rechtssphäre (d. i. sein Privatrecht) berühren, durch die Verwaltung verletzt werden; mit dieser Einschränkung aber in doppelter Beziehung: 1) insofern behauptet werden kann, daß die Gesetze einer solchen Verletzung entgegenstehen, oder 2) insofern bei Anerkennung der gesetzlichen Zulässigkeit der Handlung doch eine Entschädigung für den erfolgten Eingriff gefordert wird. Das Gesetz vom 11. Mai 1842 hat jene Schranke der Privatrechtsverletzung mit den Worten: „wenn die Verletzung eines zum Privateigenthum gehörenden Rechts behauptet wird", gegenüber der Verordnung vom 26. Dez. 1808, welche dieselbe nicht enthielt, richtig gezogen. Dagegen erscheint in zwei anderen Beziehungen eine Aenderung nothwendig. 1) Das Gesetz von 1842 läßt nämlich im §. 2 den Rechtsweg nur dann zu, wenn derjenige, welchem durch die polizeiliche Verfügung eine Verpflichtung auferlegt wird, die Befreiung von derselben auf den Grund einer besonderen gesetzlichen Vorschrift oder eines speziellen Rechtstitels behauptet. Die Verordnung von 1808 dagegen ließ den Rechtsweg offen, „wenn die Verfügung einer ausdrücklichen Disposition der Gesetze direkt entgegenläuft." Hierauf muß im Wesentlichen zurückgegangen und eine größere Einschränkung kann nicht gestattet werden, wenn nicht der in seinen Privatrechten Verletzte den erforderlichen Rechtsschutz entbehren soll. Auf der andern Seite darf jedoch ebensowenig die Verwaltung in ihrer Aufgabe, innerhalb der gesetzlichen Schranken selbständig und energisch zur Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit, Sittlichkeit und Ordnung einzuschreiten, gelähmt und es muß deshalb auch wieder die Maaßgabe des §. 40 der Verordnung von 1808 hinzugefügt werden, daß „die allgemeine bürgerliche Freiheit" und die Prinzipien vom „freien Genuß des Eigenthums" keine ausreichenden Stützpunkte für die gerichtliche Kompetenz, es sei denn in Betreff der Entschädigungsfrage, bilden." Jene Erweiterung und diese Beschränkung spricht der §. 1 des Gesetzentwurfs aus. Er stellt damit wieder her, was ausweislich der Staatsrathsakten (der ausführliche Nachweis ist von historischem Interesse) bereits bei Berathung des Gesetzes von 1842 die Abtheilungen des Staatsraths für die Justiz und des Innern gewollt haben. — Die zweite Beziehung, in der eine Aenderung nothwendig erscheint, ist folgende: „Außerdem liegt ein genügender Grund nicht vor, für diejenigen Fälle, wo eine erlassene polizeiliche Verfügung gesetzwidrig oder unzulässig ist, in Beziehung auf die Entschädigungsklage gegen den betreffenden Beamten von den hierüber im Allgemeinen bestehenden Vorschriften abzuweichen. Es rechtfertigt sich daher die Aufhebung des §. 6 des Gesetzes vom 11. Mai 1842", welche §. 2 des vorliegenden Gesetzentwurfs ausspricht. Ad II. „Die Befugniß der Verwaltungsbehörden, ihre polizeilichen Verfügungen auch da, wo über die materielle Berechtigung derselben der Rechtsweg gestattet ist, vorläufig zwangsweise auszuführen, muß bestehen bleiben. „Es bedürfen hier aber Art und Maaß der zwangsweisen Durchführung einer gesetzlichen Regelung. Bisher haben in dieser Beziehung die für die gerichtlichen Exekutionen bestehenden Vorschriften eine analoge Anwendung gefunden." Aber „derartige analoge Anwendungen sind sehr mißlich" und überdies muß, so wenig auf der einen Seite die Nothwendigkeit der bezeichneten Arten der Exekution an sich bestritten werden kann, doch auf der andern Seite das Maaß desselben, so weit dies irgend die Rücksicht auf eine wirksame Handhabung der Verwaltung gestattet, herabgesetzt werden. §. 3 des Entwurfs begrenzt daher die Exekutionsbefugniß durch Erlaß von Zwangsbefehlen für alle Polizeibehörden außer den Landespolizeibehörden, rücksichts deren es bei den bestehenden Bestimmungen bewendet, auf 50 Thlr. oder 14 Tage Gefängniß, eine Haft, welche überdies durch die Allegation des §. 334 des Strafgesetzbuchs als eine nur polizeiliche noch schärfer bezeichnet worden ist. Außerdem kann in Fällen, in denen eine Handlung oder Unterlassung durch ein allgemeines Gesetz oder durch eine besondere Polizeiverordnung mit geringerer Strafe bedroht ist, das öffentliche Wohl noch ein besonderes Einschreiten der Polizeibehörde zur Beseitigung des gesetzwidrigen, in sicherheitspolizeilicher Beziehung oder sonst gefährlichen Zustandes durch Zwangsbefehle dringend erheischen; allein die hierzu benutzten Mittel der Exekution dürfen dann nicht strenger sein, als die vom Gesetz für die Uebertretung allgemein angedrohten Strafübel." §. 4 regelt die Ausführung polizeilicher Verfügungen durch dritte auf Kosten der Verpflichteten. Ad III. „Polizeiliche Verfügungen, deren Durchführung im Zwangswege erfolgen soll, müssen in denjenigen Formen erlassen werden, welche den Betheiligten Gelegenheit geben, die Bedeutung des Befehls genau zu erkennen, seinen etwaigen Widerspruch zur Geltung zu bringen und Alles abzuwehren, was in der Vertheidigung seines Rechts unnöthig beschränken kann;" jene Verfügungen müssen daher schriftlich sein; mündliche sind nur statthaft bei Gefahr im Verzuge. Ad IV. Jedes polizeiliche Exekutionsmittel „muß in Betreff des dagegen zu gewährenden Rechtsschutzes in gleicher Weise behandelt werden, wie eine durch allgemeines Ge- oder Verbot angedrohte Strafe, wenn überhaupt der Satz eine Wahrheit haben soll, daß die Polizeibehörden das Recht der Strafgerichtsbarkeit nicht mehr besitzen, d. h. es muß gegen einen jeden derartigen Zwangsbefehl, der eine Geldbuße oder Haft festsetzt, bei dem Richter Schutz gesucht werden können, in gleicher Weise, wie dies bei Uebertretungen allgemeiner Polizeiverordnungen der Fall ist. Der Richter wird also zwar weder die Nothwendigkeit oder Zweckmäßigkeit der Verfügung, noch die in das gleiche Gebiet fallenden Kriterien über Art und Maaß der Exekutionsmittel, sofern sich dieselben in den gesetzlichen Grenzen bewegen, wohl aber im Uebrigen die Behauptung zu prüfen haben, daß die polizeiliche Festsetzung den Gesetzen, oder den kraft gesetzlicher Ermächtigung erlassenen Polizeiverordnungen widerstreite, oder daß sie formell ungültig erlassen sei, oder endlich, daß der Betheiligte der Hauptverfügung nicht zuwidergehandelt habe." Die betreffenden Bestimmungen enthalten die §§. 8—10. Ad V. „Der §. 11 enthält eine Aenderung des §. 5 des Gesetzes vom 11. März 1850. Nach dem letzteren hatten die Ortspolizeibehörden bisher vor dem Erlaß allge-

meiner Verordnungen nur nöthig, den Gemeindevorstand zu hören, nicht aber seinen Widerspruch zu beachten. Dies erscheint unangemessen. Es ist deshalb bestimmt, daß in den Fällen, wo ein Einverständniß nicht zu erreichen ist, die Bezirksregierung und für den Amtsbezirk des Polizeipräsidiums zu Berlin der betreffende Ressortminister nach Anhörung der Betheiligten über den Erlaß der Verordnung, wie über deren Inhalt zu entscheiden hat."

Militärzeitung.

[**Der gegenwärtige Stand der Dinge in Italien in militärischer Beziehung.**] Die „Militärischen Blätter" bringen in ihrem letzten Hefte eine nach dem Falle von Gaëta geschriebene Originalkorrespondenz aus Rom und Neapel, welche von ihrem einseitigen politischen Standpunkte aus zwar die Dinge dort vielleicht zu schwarz auffaßt, die aber, namentlich was ihren militärischen Theil betrifft, mit so kalter Ruhe und Unparteilichkeit gehalten ist, daß ihre Mittheilungen hierüber den Stempel der Wahrheit unverkennbar an der Stirn tragen. Der betreffende Korrespondent unterscheidet nach der alten Grenze, wo der Rubikon Italien von dem cisalpinischen Gallien trennte, auch gegenwärtig noch Nord- von Süditalien, und läßt dem ersteren mit seiner kräftigen und entschlossenen Bevölkerung, namentlich aber dem eigentlichen Piemont, alle Ehre widerfahren. Seine Verachtung gegen das Volk in den ehemaligen italienischen Herzogthümern, Rom, Neapel und Sicilien geht dahingegen allerdings weit, dürfte indeß nach allen irgendwie glaubwürdigen Nachrichten doch nicht ganz ungerechtfertigt erscheinen.

Sein Urtheil über die gegenwärtige italienische Armee entspricht denn dieser Auffassung auch vollkommen. Die Piemontesen und theilweise auch die Lombarden an sich bilden Kerntruppen, wie sie Oestreich und Frankreich nicht besser aufzuweisen haben; allein um ihnen wenigstens einigen Halt und einen festen Rahmen zu geben, hat man die Mannschaften aus Mittelitalien und jetzt auch die Reste der aufgelösten neapolitanischen Armee unter diese Bataillone mituntergesteckt, welche außerdem mit dem so raschen Anwachsen der piemontesischen Macht bei Erweiterung des Heeres derselben binnen wenig über zwei Jahren schon drei-, zum Theil viermal zur Abgabe neuer Stämme getheilt worden sind. Die Unsicherheit der Neapolitaner und Toscaner ist aber so groß, daß die Mannschaften dieser Nationalitäten förmlich von ihren piemontesischen und lombardischen Kameraden überwacht werden müssen. Der Korrespondent versichert, oft beim Brot- und Löhnungsempfang, und anderen gleich unbedeutenden Handlungen die Züge dieser unsicheren Kantonnisten, wie wir sie nach dem Vorbilde von vor 1806 etwa bezeichnen dürften, ohne Seitengewehr und auf beiden Seiten von ganz armirten Wachen umgeben, durch die Straßen der italienischen Städte ziehen gesehen zu haben. Die piemontesische Armee wird dabei von ihm folgender Art beschrieben:

Die Leute sind vorzüglich bekleidet, die Uniform ungemein einfach, geschmackvoll, zweckmäßig und bequem. Ein weiter hechtgrauer Rock, ähnlich geschnitten wie die preußischen Offizierpaletots, hinten zum Zuziehen, mit einer Reihe Knöpfe bis unter das Kinn reichend, einem Fallkragen, welcher höchst sorgsam um den Hals schließt, ohne ihn zu beengen. Ein weiches und kleines baumwollenes Tuch um den Hals, je nach den verschiedenen Regimentern blau oder roth, hechtgraue Hosen mit verschiedenfarbigen Streifen, wenig weiter wie die unserer Armee, ein sehr leichter Schuh und darüber eine Kamasche von Leder, welche so eng anschließt, daß man sie kaum vom Stiefel unterscheidet und gewöhnlich unter der Hose getragen, im Felde über dieselbe geknöpft wird. Ein leichtes, zierliches, kleines Käppi, Lederzeug wie bei uns getragen, weiß oder schwarz, die Patrontasche hinten, der Säbel mit der Bayonnettscheide an einer verschiebbaren Säbeltasche. Das Gepäck schwerer als bei uns; eine große wollene Decke wird en bandoulière um den Tornister getragen. Die Bersaglieri, dunkelblau und eben so einfach als zweckmäßig und hübsch uniformirt, tragen gewöhnlich eine kurze Jacke und den paletotartigen Rock, wie die Zuaven, auf einer Schulter. Bewaffnet ist die Infanterie mit dem Miniégewehr, die Bersaglieri mit dem Tiroler Stutzen nach Thouvenin'schen System. Das Reglement ist ein Gemisch des französischen und des preußischen, der innere Dienst und ein strammes, sehr accentuirtes Exerziren nach preußischem Vorbilde. Der gemeine Soldat ist entschieden leichter und schneller als bei uns auszubilden, er macht dem Offizier stramme Honneurs, und eine Kordialität zwischen Offizieren und Soldaten, wie etwa bei den Franzosen, hat nicht im entferntesten statt.

Die höheren Offiziere sind sehr jung, ein bei Gaëta gefangener Major der Bersaglieri war 25 Jahr, die Generäle Cialdini, Sonnaz, Pinelli, welche gegenwärtig in Neapel kommandiren, sind alle drei zwischen 32 und 38 Jahr alt. Die Kavallerie rühmt man nicht, die Artillerie dagegen ist in jeder Beziehung vorzüglich, das Verpflegungs- und Hospitalswesen soll sich noch sehr im Argen befinden. Eine wahre Landplage bilden nach dieser Korrespondenz gegenwärtig namentlich in Neapel und Oberitalien die abgedankten Garibaldi'schen Freischäler. Die Gemeinen von ihnen sind mit einem viertel-, die Offiziere mit halbjährigem Sold entlassen worden. Der größte Theil dieser Leute treibt sich in Genua herum, um das eben empfangene Geld und die mitgebrachte Beute zu verjubeln. In den Straßen und Schenken leuchten sie mit ihren koketten rothen Uniformen, den Erzählungen begangener Heldenthaten und mit ihrem Bramarbasiren gegen den Papst und gegen Oestreich. Der piemontesische Soldat belächelt und meidet sie. Die ungarische Legion, welche man in Neapel zu errichten begonnen und die einige Zeit in den Zeitungen spukte, geht einem kläglichen Ende entgegen. Ursprünglich zählte sie 300 Mann; davon sind noch etwa 50 beisammen, Aventuriers, aber nicht Ungarn. Die Uebrigen haben sich allmälig verlaufen. Mit eine der schwersten Lasten für das neue Italien und speziell für die einzelnen Gemeinden sind noch die neuerrichteten mobilen Nationalgarden. Der Staat verpflegt und kleidet dieselben, doch müssen sie die Städte, und zwar mit $1\frac{1}{2}$ Fr. also 12 Sgr. täglich, per Mann und Kopf gerechnet lohnen. Ein kriegerischer Zweck scheint übrigens mit diesen Mobilgarden gar nicht verbunden, sondern es ist dieses so überreichlich bezahlte Korps vielmehr ein Polizeikorps, das die Einwohner der größeren Orte zu überwachen bestimmt ist, ein Zeichen allerdings mehr, wie unsicher die Zustände im Ganzen noch sein müssen. —p.

Aus polnischen Zeitungen.

In seiner Nr. 79 bespricht der „Dzien. pozn." die am Geburtstage Sr. Majestät des Königs in der Aula der Universität zu Berlin vom Professor Böckh gehaltene Festrede, und knüpft an den Theil der Rede, welcher der polnischen Landestheile der preußischen Monarchie mit dem Bemerken Erwähnung thut, daß die polnische Nation durch eigene Schuld ihre Selbständigkeit verloren habe, folgende Bemerkungen: „Es sei uns gestattet, an der historischen Darstellung des geachteten und gelehrten Redners eine schwache Seite aufzudecken, und das hauptsächlich aus dem Grunde, weil dieses moralisch und logisch grundfalsche Argument vielfach in verschiedenen deutschen Abhandlungen und Darstellungen über die Theilung Polens wiederkehrt. Wir meinen das, was man die eigene Schuld der Nation zu nennen beliebt. Daß die Nation durch ihre Sorglosigkeit, Schwäche und Erbärmlichkeit, so wie durch den Eigennutz der Repräsentanten ihrer unseligen Aristokratie ihren endlichen Verfall verschuldet hat, unterliegt keinem Zweifel. Wenn in dem polnischen Reiche die Wache über die Sicherheit des Nationalpalladiums, nämlich über Stärke und Macht nach außen, allen den Klassen anvertraut worden wäre, deren Eigenthum und Bedürfniß dieses Palladium war, anstatt daß es als Eigenthum und Privilegium zum egoistischen Spielballe einer verwöhnten und entarteten Oligarchie gemacht worden ist, so hätten selbst Bosheit und Habgier der Nachbarn Nichts gegen es ausgerichtet. Aber nur die Nation selbst hat das Recht, sich diese bittere Wahrheit zu sagen und ewig zur eigenen Lehre zu wiederholen. Diejenigen, welche aus einer Krankheit, die jedes Reich und jede Nation ebenso wie jeden Menschen treffen kann, Nutzen gezogen haben, um, durch unredliche Habgier bewogen, der Krankheit Vorschub zu leisten, alle Bestrebungen der Aerzte zu vereiteln, und schließlich den Geschwächten mit Mord zu überfallen, haben weder moralisch noch logisch das Recht, ihr Verbrechen durch jene Krankheit zu rechtfertigen. Ein Beispiel wird am besten die Hinfälligkeit des Räsonnements des gelehrten Professors darthun. Ein Bauer, welcher vom Jahrmarkt zurückkehrt, wo er sich ein tüchtiges Räuschchen getrunken hat, kann nicht weiter gehen und fällt an einem Scheidewege besinnungslos nieder. Einige schlechte Leute, die vorübergehen und den Zustand seiner augenblicklichen Schwäche wahrnehmen, überfallen und mißhandeln ihn, um ihn zu berauben und sich in die Beute zu theilen. Hat jener Bauer sein Unglück durch die eigene Trunkenheit verschuldet, kann und muß er, wenn er trotz der erhaltenen tödtlichen Streiche wieder zur Besinnung kommt, sich aus seiner üblen Angewohnheit und aus dem Mangel an Vorsicht einen Vorwurf machen? Ja, er ist selbst Schuld, er kann und muß sich Vorwürfe machen. Aber können diejenigen, die ihn niedergeschlagen und beraubt haben, ihr Verbrechen vor dem Richterstuhl Gottes und der Menschen durch den trunkenen Zustand des Bauern rechtfertigen? Nein, fürwahr, sie können es nicht; denn einen Betrunkenen und Schwachen überfällt und beraubt man nicht, sondern man läßt ihn ausschlafen und entnüchtern." △

Lokales und Provinzielles.

Posen, 6. April. [Deutsche Beschlüsse.] Vorgestern hat in **Bromberg** wieder eine Versammlung der Mitglieder des deutschen Nationalvereins stattgefunden zur Berathung einer Erklärung gegen die polnischen Agitationen und die irrigen Darstellungen der Rechtsverhältnisse in hiesiger Provinz (namentlich auch durch die französische Presse). Diese Erklärung wurde sodann im Ganzen wie in den einzelnen fünf Punkten einstimmig von der Versammlung angenommen und die Uebersendung derselben an den Abg. Schulze-Delitzsch in Berlin, als Ausschußmitglied, zu geeignetem Gebrauche beschlossen. Die Erklärung selbst lautet nach dem „Br. W." wörtlich:

„Da die immer wiederkehrenden Behauptungen und Anträge einiger Abgeordneten aus der Provinz Posen in der preußischen Landesvertretung und die damit zusammenhängenden Aeußerungen und Urtheile in einzelnen Organen der Presse, namentlich der imperialistisch-französischen, geeignet sind, ein falsches Licht auf die Zustände der Provinz Posen zu werfen, so halten es die heute hier versammelten Mitglieder des deutschen Nationalvereins aus Bromberg und der Umgegend für ihre Pflicht, zur Berichtigung der öffentlichen Meinung über ihre heimathlichen Verhältnisse nachstehende Erklärung abzugeben: 1) Die vorläufig auf eine politische Sonderstellung, schließlich aber auf eine völlige Trennung der Provinz Posen vom preußischen Staate gerichteten Bestrebungen, deren stets von Neuem versuchte staatsrechtliche Begründung längst genügend widerlegt ist, gehen lediglich von einer, wenn auch äußerst regsamen, doch nur kleinen Partei in unserer Provinz aus. Sie stehen nicht nur mit den Wünschen der deutschen Bevölkerung, welche in der ganzen Provinz beinahe die Hälfte, in vielen Kreisen aber und namentlich in den nördlichen von Westpreußen abgezweigten Theilen derselben die entschiedene Majorität bilden, im schroffsten Widerspruche, sondern finden auch bei der großen Mehrzahl der polnischen Einwohner keinen Anklang. 2) Der Ungrund der von der gedachten Partei stets von Neuem erhobenen Klagen über Beeinträchtigung der polnischen Nationalität durch die preußische Regierung ist bereits vielfach in der preußischen Landesvertretung dargethan. Diese Klagen klingen aber für die deutschen Bewohner dieser Provinz um so seltsamer, als sie von derselben Partei ausgehen, welche während ihrer kurzen Herrschaft zur Zeit des von Napoleon I. gegründeten Herzogthums Warschau die Nationalität ihrer deutschen Mitbürger, selbst in den Gegenden, wo diese die bedeutende Mehrzahl bildeten, nicht nur völlig unberücksichtigt gelassen, sondern auf jede Weise unterdrückt hat. 3) Jede Gleichstellung der Verhältnisse in der Provinz Posen mit denen in den von Rußland und Oestreich besessenen Theilen des ehemaligen Polens ist völlig unzutreffend, weil in unserer Provinz das Deutschthum sich seit Jahrhunderten durch Fleiß und durch Kultur den Boden erobert hat, welchen die früheren Herren desselben nicht länger halten konnten und welchen sie durch eigene Kraft wieder zu erwerben, nicht im Stande sind. 4) Die große Mehrzahl der Bewohner unserer Provinz findet ihr Heil allein in dem mit kurzer Unterbrechung bald ein volles Jahrhundert bestehenden einheitlichen Zusammenhange mit dem preußischen Staate unter dem glorreichen Scepter der Hohenzollern, welchem sie gesetzliche Ordnung, Rechtsschutz, Bildung und Wohlstand verdankt. 5) Die deutschen Bewohner dieser Lande erachten endlich die durch die Beschlüsse des deutschen Bundestages vom 22. April und 1. Mai 1848 und des deutschen Parlaments vom 27. Juli 1848 geschehene Einverleibung ihrer Heimath in Deutschland durch die zur Wiederauflösung dieses Bandes von der früheren preußischen Staatsregierung geschehenen Schritte nicht für aufgehoben, sondern sehen dieselben nur so lange als ruhend an, bis das große deutsche Vaterland durch ein gemeinsames Oberhaupt und eine gemeinsame Volksvertretung aus einem Staatenbunde ein Bundesstaat geworden sein wird."

— [Berichtigung.] In Folge unserer gestrigen Notiz über die Maschinenfabrik des Dr. Cegielski theilt uns derselbe mit, daß er nicht 23, sondern nur 9 Arbeiter und auch diese nicht aus Mangel an Arbeit, sondern aus anderen Gründen entlassen habe. Die der Fabrik zur Ausführung übertragenen Arbeiten hätten sich durchaus nicht vermindert, es seien sogar in der letzten Zeit einige bedeutende Aufträge aus dem Inlande, wie der Bau einer großen Dampfmaschine, die Einrichtung einer Oelmühle, und einer Brennerei eingegangen. Die Zahl der gegenwärtig beschäftigten Arbeiter betrage 222.

— [Ein anderer Trauergottesdienst.] Der „Dz. pozn." bringt in Nr. 80 unter den Inseraten folgende Aufforderung: „Für unsere im Jahre 1848 hier in Trzemeszno gefallenen Brüder wird an dem Jahrestage ihres Todes, am 10. April d. J. Vormittags 10 Uhr ein Trauergottesdienst abgehalten werden, zu welchem wir unsere Landsleute einladen. Trzemeszno." — Uns dünkt, das wäre deutlich genug!

ξ **Bromberg**, 5. April. [Zur Förderung der Pferdezucht.] Seitens des k. Oberpräsidiums in Posen ist an den hiesigen landwirthschaftlichen Kreisverein die Aufforderung ergangen, diejenigen Besitzer unseres Kreises namhaft zu machen, welche sich in der Pferdezucht ausgezeichnet hätten. Denselben soll die silberne Medaille, welche für tüchtige Pferdezüchter geprägt ist, verliehen werden. Es wurden Gutsbesitzer Freytag auf Jastrzembi und Graf Bninski auf Glisno bezeichnet. Ueber die Erfolge in der Pferdezucht des Erstgenannten wurde u. A. bemerkt, daß derselbe im vorigen Jahre für 1970 Thlr. Pferde verkauft habe.

Strombericht.

Obornifer Brücke.

Am 5. April. Kahn Nr. 8866, Schiffer Christian Schühler, und Kahn Nr. 4841, Schiffer Wilhelm Kölling, von Zirke nach Posen mit Ziegelsteinen.

Telegramm.

Beim Schluß der Zeitung geht uns noch folgendes Telegramm zu:

Berlin, Sonnabend 6. April. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses desavouirte und mißbilligte der Minister des Auswärtigen, v. Schleinitz, auf das Allernachdrücklichste und Unzweideutigste die Handlungsweise des Grafen Schlippenbach in Palermo (s. unten), und erklärte, er habe eine authentische Aufklärung eingefordert, und werde alsdann die geeignete Remedur eintreten lassen.

(Eingeg. 6. April 2 Uhr 5 Minuten Nachmittags.)

Angekommene Fremde.

Am 6. April 1861.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Kaufleute Bernhard aus Breslau, Lange aus Berlin, Richter aus Bremen und Kalkreuter aus Leipzig, Deich-Inspektor Wolff aus Sonnenburg, die Rittergutsb. v. Scheele aus Krzyszkowko und Wolff aus Niedersitz.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Ein oder zwei Knaben finden freundliche Aufnahme Waisenstraße Nr. 8 Parterre.

Zwei Pensionäre, Knaben von 8 bis 12 Jahren, finden bei liebevoller Behandlung billige und freundliche Aufnahme bei **Eckert**, Kreisgerichts-Secretair, kleine Gerberstr. Nr. 2.

Große Möbel-Auktion.

Montag am 8. April c. Vormittags von 9 Uhr ab werde ich **im Auktionslokale Breitestr. 20 und Büttelstr. 10**

gut erhaltene Mahagoni-, Eschen- und Birken-Möbel,

als: Tische, Stühle, Sophas, Schlafsophas, Bettstellen, Kleider-, Wäsche- und Bücherspinde, Spiegel mit Konsolen und Marmorplatten, Chiffonièren, Chaise longue, einen fast ganz neuen Leder-Lehnsessel, Kommoden, Uhren 2c. 2c.

gegen baare Zahlung öffentlich meistbietend versteigern.

Lipschitz, königl. Auktionskommissarius.

Bekanntmachung.

Mittwoch den 10. und **Donnerstag** den 11. dieses Monats bin ich in

Pinne,

Donnerstag den 18. d. Mts. bin ich in

Dusznik,

Donnerstag den 2. und **Freitag** den 3. Mai c. bin ich in

Wronke

in meinem Geschäftslokale zu sprechen.

Ahlemann, königlicher Rechtsanwalt und Notar.

Die Saison des königlichen Bades

Oeynhausen (Rehme) in Westfalen

(kohlensaure Sooltherme-, Sool-, Dunst-, Gas-Bäder)

währt vom 19. Mai bis 15. September.

Auskunft über Miethen von Wohnungen oder sonstige Angelegenheiten ertheilt

die königl. Badeverwaltung.

Bleichwaaren

werden bestens besorgt von

C. E. Nitsche in **Schmiegel.**

Vier und zwanzig

Wasserstraße, bei **Apolant,** werden Sonnen- und Regenschirme aufs Beste überzogen und reparirt.

120,000 gute Mauer-(Thon) Steine

stehen auf dem Zimmermeister **Diller**'schen Platze, neben **Klopsch**, zum billigen Verkauf. Näheres bei ***K. Brasch,*** Wasserstr. 29.

Besten frisch gebrannten **Gogoliner Kalk** für Posen wie auch nach den Eisenbahnstationen liefert

J. Skokalski.

Posen,

St. Martin- und Mühlenstraßenecke 9.

Dachpappe, Dachfilz.

Bezugnehmend auf meine Annonce in Nr. 71 der Posener Zeitung, zeige, um die vielseitig an mich ergangenen Anfragen zu beantworten, hiermit ergebenst an,

daß mein Deckmaterial,

Dachfilz aus der berühmten Fabrik von **Grüber & Comp., Belfast in Irland, Dachpappe** aus der berühmten Fabrik von **W. Wolfheim in Stettin,**

angelangt ist, und ich im Stande bin, sowohl die großartigsten Eindeckungen damit vorzunehmen, als auch **Filz** und **Pappe** in jeder Quantität zu verkaufen. In allem Uebrigen verweise auf die von mir ergebenst beregte Broschüre, welche Letztere auf portofreie Anfragen von mir gratis eingesandt wird.

Die Pech- u. Asphaltfabrik von

Julius Scheding.

Verkaufslokal: **Posen,** Wallischei a. d. Brücke.

Die Dachpappen-Fabrik von Moritz Victor

(Komptoir: gr. Gerberstraße Nr. 35)

empfiehlt **ihre anerkannt guten Dachpappen in Tafeln jeden Formats und jeder Länge** zu den mäßigsten Preisen.

Komplete Bedachungen unter **Garantie.**

Den Blumen- und Gartenfreunden, Land- und Forstwirthen

empfehle mein reichhaltiges Lager von landwirthschaftlichen und Garten-Sämereien, und steht mein spezielles Samenverzeichniß gratis und franko zu Diensten.

Auch empfehle ich **Mais in bester Qualität.**

Posen, im Frühjahr 1861.

Samen-Handlung

von ***Heinrich Mayer,*** Kunst- u. Handelsgärtner.

Königsstraße 6/7 u. 15 a.

Pferdezahnmais

ist in vorzüglicher Qualität angekommen bei

S. Calvary, Samenhandlung.

Frischer amer. weißer

(Pferdezahn-) Mais

ist angekommen; frühere Bestellungen effektuire ich jetzt und nehme neue Aufträge auf **Mais** und **alle Sämereien** für die Herren **J. F. Poppe & Co.** in **Berlin** gern entgegen.

Posen, den 3. April 1861.

Rudolph Rabsilber,

Spediteur, Breitestr. 20.

Neuen echten amerik. Pferdezahn-Mais empfiehlt

C. E. Nitsche in **Schmiegel.**

Runkel, lange rothe, 100 Pfd. 15 Thlr.
dito Klumpers, 100 Pfd. 18 Thlr.
dito Pohl's Riesen-, 100 Pfd. 20 Thlr.
Möhren, weiße grünköpf. à Pfd. 7½ Sgr.
Raygras, echt engl.

A. Niessing in **Poln. Lissa.**

Auf dem Gute **Gwiazdowo** bei **Kostrzyn** ist eine Quantität Riofrio- u. Zwiebelkartoffeln, welche sich vorzüglich zur Saat eignen, zu verkaufen.

Auf dem Dom. **Szczepankowo** bei **Samter** sind sowohl **Zwiebel-** als gewöhnliche **rothe Kartoffeln** zum Verkauf in beliebigen Quantitäten.

In **Schönherrnhausen** bei Posen sind **norwegische Frühkartoffeln**, à Scheffel 20 Sgr., zu verkaufen.

Auf dem Dominium **Bogdanowo** bei **Obornik** stehen 56 Stück Mastschafe zum Verkauf.

Auf dem Dom. **Pietrowo**, Kreis **Kosten**, stehen zum Verkauf:

125 Mutterschafe und 125 Hammel.

Abnahme nach der Schur.

Borówko bei Czempin. ***Delhaes.***

200 tragende Mutterschafe

(Negretti mesticen),

im Januar beim **Bock** gewesen, ca. ¼ Zeitvieh, ¼ sechsjährig, der Rest vollsätzig, stehen auf der Herrschaft **Runowo** zum Verkauf. Abnahme gleich nach der Schur.

Dominium **Runowo** per **Wandsburg** (bei **Nakel**).

Elegante **Sonnenschirme** und **En tout cas** in größter Auswahl empfiehlt die Kurz- und Weißwaaren-Handlung von ***C. F. Schuppig.***

Strohhüte

für Herren, Damen und Kinder, in großer Auswahl auffallend billig bei

Gebr. Korach,

Markt Nr. 40.

Unsern geehrten Geschäftsfreunden die Anzeige, daß in der bevorstehenden **Leipziger** Messe unser Lager **englischer Manufakturwaaren** sich **Reichsstraße 23, 1. Etage,** befindet.

Löwenstein & Langstein aus Hamburg.

Entoutcas und Knicker,

neu und geschmackvollst, sehr billig bei

Gebr. Korach,

Markt 40.

Ein guter gebrauchter Flügel

steht zum Verkauf zu möglichst billigem Preise in der Pianoforte-Fabrik Magazinstraße 1.

Carl Ecke.

Schnell trocknenden Fußboden-Firniß

empfiehlt zu 6 Sgr. das Pfund

die Farbenhandlung

von ***Adolph Asch,*** Schloßstr. 5.

Zwei große Zugrammen, darunter eine Winkelramme, beide gut erhalten, desgleichen eine kleine, so wie eine neue eichene Erdwinde, trockene kieferne, eichene, birnbaumne 2", 3", 4" Bohlen sind billig abzulassen Wiesenstraße Nr. 3.

Bestes Pflaumenmus

empfiehlt das Pfund à 2 Sgr., 16 Pfund für 1 Thlr., bei Abnahme von Fässern von 1 Zentner Inhalt billiger, ***Michaelis Reich.***

Gebr. Leder's balsamische ERDNUSSÖL-SEIFE

à St. 3 Sgr. 4 Stück in **einem Packet 10 Sgr.**

ist als ein höchst mildes, verschönerndes and erfrischendes Waschmittel anerkannt; sie ist daher zur Erlangung und Bewahrung einer gesunden, weissen, zarten und weichen Haut bestens zu empfehlen und in gleichmässig guter Qualität stets **echt** zu haben in

Posen bei **Herrmann Moegelin, Breslauerstr. 9,**

so wie auch in Bromberg: **Theod. Thiel**, Birnbaum: **L. Stargardt,** Fraustadt: **Carl Wetterström,** Inowraclaw: **J. Lindenberg,** Lissa: **Moritz Moll,** Rawicz: **R. T. Frank**, Rogasen: **Louis Zerenze,** Schneidemühl: **J. Tantow,** Samter: **Julius Peyser,** und in Wollstein bei **Ernst Anders.**

Gutes, klares Grätzer Bier empfiehlt

Moritz Löwenthal,

Markt 26.

Die Konditorei von A. Tomski,

Krämerstraße,

vis-à-vis der neuen Brothalle,

empfiehlt sich zur geneigten Beachtung dem geehrten Publikum.

Jede Bestellung auf **Nuß-, Clara Novello-, Macronen-, Apfelsinen-, Sahn-, Eis-, Baumtorten** 2c. wird pünktlich und gut ausgeführt in der Konditorei von

A. Tomski,

Krämerstr., vis-à-vis der neuen Brothalle.

Baumkuchen,

das Pfund 16 Sgr., empfiehlt die Konditorei von ***A. Pfitzner,*** Markt Nr. 6.

Weser-Lachs billig zu haben bei ***Basch,*** Friedrichsstraße Nr. 1.

Bestes **Schweinepökelfleisch** ist noch vorräthig bei ***A. Roeschke,***

Wronkerstraße 3.

Dresdener **Bruch-Chokolade** mit **Vanille** und feinstes **Chokoladenmehl** bester Qualität

empfing ***Isidor Appel,*** neben der königl. Bank.

Dampfschifffahrt von Stettin nach Riga,

direkt von Stadt zu Stadt,

vermittelt durch die schnellfahrenden Dampfer „Hermann", Kapt. Klock und „Tilsit", Kapt. Breidsprecher. Abgang jeden Mittwoch 6 Uhr Morgens, Ankunft in Riga Freitag Mittag. Passage exkl. Beköstigung: 1. Kajüte 16 Thlr., 2. Kajüte 12 Thlr., Deckplatz 8 Thlr.

Von Stettin nach Memel

per Dampfer „Memel-Packet", Kapt. Trittin. Abgang jeden Sontag 6 Uhr Morgens, Ankunft in Memel Montag Abend. Passage exkl. Beköstigung: Kajütplatz 6 Thlr., Deckplatz 2½ Thlr. Güter werden zu billigen Sätzen über beide Linien befördert. Nähere Auskunft ertheilen

Proschwitzky & Hofrichter in Stettin.

Unser vollständig sortirtes

Möbel-, Spiegel- und Polster-Magazin,

sämmtliche Waaren solid und preiswürdig; ferner die größte Auswahl von **Papier-Tapeten** in 400 neuen Mustern von allen Qualitäten, vorjährige herabgesetzt, so wie **Rouleaux, Gardinenbronzen und Wachsteppich** im neuesten Geschmack empfehlen zu sehr billigen Preisen

S. Kronthal & Söhne.

gr. Gerberstr. 52

Das Möbel-, Spiegel- und Polster-Magazin

von

B. Neugebauer

empfiehlt sich unter jeder Garantie.

gr. Gerberstr. 52

Um einem geehrten Publikum eine reichere Auswahl und schnellere Bedienung zu sichern, hat der **Marmorbruch** so eben durch eine **Eisenbahnwagenladung von 180 Ztr.** fertiger

Grabdenkmale,

bestehend in den verschiedensten **Kreuzen, Pyramiden, Platten, Kissensteinen, Stützplatten,** rohen Blöcken und Platten für Steinmetzen, mein Lager vergrössert. **Schönes reines Material,** wie **gediegenste Ausführung** zeichnen dasselbe, wie alle meine Lieferungen aus.

Zu recht vielen Aufträgen, die ich durch **billigste** Preise bei **günstigsten Zahlungsbedingungen** zu erleichtern suchen werde, hält sich daher empfohlen

Posen, Friedrichsstr. 33. ***H. KLUG.***

En tout cas und Regenschirme sind in größter Auswahl und zu den billigsten Preisen bei mir vorräthig, auch werden dieselben bei mir überzogen und reparirt.

Leon Dattelbaum, Neuestraße 70.

Rouleaux, En tout cas, Regenschirme, franz. Sommermützen 2c. empfiehlt in großer Auswahl billig. ***Isaac Plessner,***

Breslauerstr. 2.

Kegelkugeln von Lignumsantumholz, wie auch Billardbälle sind wieder vorräthig bei

Leon Dattelbaum, Neuestraße 70.

Grabdenkmäler

in **Marmor** und **Sandstein** 2c. werden bei mir selbst **(Friedrichsstraße Nr. 28)** angefertigt und zu den verschiedensten Preisen in bedeutender Auswahl im Vorrath gehalten.

C. Sametzki,

Bildhauer und Steinmetzmeister.

Beschläge

zu **Thüren** und **Fenstern,** als Drücker, Schlüsselschilder, Nachtriegel und Schilder in **Büffelhorn, Elfenbein** und **Glas** empfehlen in großer Auswahl

S. Kronthal & Söhne.

Gerichtlicher Ausverkauf.

Das zur Konkursmasse der Handlung **Meyer Falk Nachfolger** gehörige Waarenlager ist nach dem Wilhelmsplatz Nr. 16 in das Dr. Jagielski'sche Haus verlegt worden, und wird daselbst der Ausverkauf zu herabgesetzten Preisen fortgesetzt.

Lipschitz,

Verwalter der Masse.

Gerichtlicher Ausverkauf.

Aus der **Abraham Löwenthal & Sohn**schen Konkursmasse wird der Ausverkauf im Geschäftslokal, Markt Nr. 5, von

Papier- und Schreibmaterialien,
Zeichnenmaterialien,
Papeterien,
Galanterie- und Parfümeriewaaren,

zu herabgesetzten und billigen Preisen fortgesetzt.

Carl Borchardt, Massenverwalter.

Zehn gute Militärbettstellen sind zu verkaufen Markt Nr. 46.

Rein weißes Salinenglas

für Fenster zu Fabrikpreisen empfehlen in allen Dimensionen

S. Kronthal & Söhne.

Die Verlegung meines **Garderobengeschäfts** vom Markt 59 nach **neben an, Markt 60**, zeige hiermit ganz ergebenst an.

Herrmann Posner.

Ich wohne jetzt **Bäckerstraße Nr. 10.**

Jeenicke, Kreistaxator.

Nr. 91. Markt- Nr. 91. und Wronkerstraßen-Ecke

ist eine Wohnung in der zweiten Etage vom 1. Oktober c. ab zu vermiethen. Das Nähere zu erfahren in der Leinwand- und Tischzeughandlung von

Jacob Königsberger,

Markt Nr. 95 und 96.

Eine gut möblirte Wohnung mit auch ohne Stall ist sofort zu beziehen Königsstraße Nr. 18 bei **Hildebrand.**

Büttelstr. 19 ist 1 gr. Schütt.b. u. 1 Remise z. verm.

Ein möblirtes Zimmer mit oder ohne Bett Wasserstr. 24, 2 Tr., sehr billig zu verm.

Eine große Wohnung mit Balkon und 3 Eingängen ist im 1. Stock von Johanni billig zu vermiethen Schützen-, Langestraße 7. **Krain.**

Ein Lehrer, mosaischen Glaubens, der im Polnischen, Deutschen, Französischen und Hebräischen perfekten Unterricht ertheilen kann, wird nach Auswärts gesucht. Nähere Bedingungen sind zu erfragen bei ***Moritz Eichborn & Co.,*** Sapiehaplatz Nr. 5.

Ein **Hofbeamter,** unverhier., beider Landessprachen mächtig, findet ein Unterkommen zu Johanni d. J. auf dem Dom. **Niewierz b. Pinne.**

Zum 1. Juli c. wird auf dem Dominium **Gowarzewo** bei **Schwersenz** eine der deutschen und polnischen Sprache mächtige Wirthschafterin gesucht.

(Buchhaltergesuch.) Für ein Kommissions- und Speditionsgeschäft wird ein tüchtiger Buchhalter zu engagiren gesucht.

L. Hutter, Kaufmann, Berlin.

Auf **einem Rittergute** ist die **Administratorstelle** mit 500 Thlr. Jahrgehalt, freier Station oder Deputat; ferner auf einem anderen Gute in hiesiger Gegend die Inspektorstelle mit 170–200 Thaler festem Jahreseinkommen, freier Station, Reitpferd und Tantième zu besetzen durch

H. Winkler in Berlin, Fischerstr. 24.

Offener Inspektorposten.

Zur Bewirthschaftung eines Rittergutes mit Vorwerk wird ein Inspektor in gesetztem Alter und der polnischen Sprache mächtig, gleichviel ob verheirathet oder nicht, gesucht. Nur solche Beamte, welche bereits längere Zeit Güter bewirthschaftet und in jeder Beziehung ihre Befähigung zur selbständigen Leitung einer großen Wirthschaft nachzuweisen vermögen, können berücksichtigt werden. Gehalt 200 Thlr. neben freier Station und Reitpferd. Bewerber wollen sich persönlich oder in frankirten Adressen wenden an den Inspektor **Fechner** in **Karlowitz** bei **Owinsk.**

Ein gewandter Buchbindergehülfe findet dauernde Beschäftigung im photographischen Atelier von

A. & F. Zeuschner, Wilhelmsstr. 25.

Geübte **Strickerinnen** finden dauernde Beschäftigung bei ***C. F. Schuppig.***

Ein Sohn anständiger Eltern, welcher Uhrmacher werden will, findet sofort eine Stelle. Näheres in der Expedition dieser Zeitung.

Ein junger Mann, 21 Jahre alt, der die Landwirthschaft erlernt hat, wünscht zum 1. Mai ein Unterkommen in einer guten Wirthschaft. Derselbe beansprucht nur ein mäßiges Gehalt. Auskunft ertheilt das Dominium **Lopienno** bei **Lopienno.**

Ein Lehrling, welcher Lust hat die Handlung zu erlernen, der polnischen Sprache mächtig, kann sich melden bei

Carl Wetterström,

Fraustadt.

Ein Lehrling rechtschaffener Eltern, der Lust hat, die Klempnerprofession zu erlernen, findet ein Unterkommen beim Klempnermeister

F. Ludwig, Mark 91.

Ein Amtmann,

der polnischen und deutschen Sprache mächtig, 25 Jahr alt, militärfrei, von berühmten schlesischen Landwirthen bestens empfohlen, auch praktisch und theoretisch gebildeter Brenner, der mit 4 Pfd. Gerste pro Scheffel Kartoffeln das erzielt, was man bis jetzt nur mit 6 Pfund erzielen konnte, sucht sofort oder zum 1. Juli c. eine anderweite Stellung. Gefällige Offerten **O. P. IIII.** poste rest. **Schrimm.**

Erwiederung!

Nicht daß mich **A. J. Elkusch** in Polnisch Lissa aus seinem Geschäft entlassen, sondern daß ich Ihm selbst gekündigt und wegen seinem mir nicht passendem Geschäfte, aus demselben trat.

J. Blumenthal.

In der **Mittler**'schen Buchhandlung **(A. E. Döpner)**, Wilhelmsstraße Nr. 18, ist zu haben:

Kühn, Dr. Lehrbuch für Diejenigen, welche sich in der Buchführung, so wie in der Einrichtung der Geschäftsbücher ohne Unterweisung selbst vollständig ausbilden wollen. Preis 7 Sgr. 6 Pf.

Bei **A. Krabbe** in Stuttgart erschien und ist vorräthig in der **Mittler**schen Buchhandlung **(A. E. Döpner)**, Wilhelmsstraße Nr. 18, vis-à-vis der Königl. Bank: Wildermuth (Ottilie). **Sonntagnachmittage daheim.** Betrachtungen für häusliche Erbauung. Nach dem Englischen. Elegant gebunden 1 Thlr. 2 Sgr.

☞ Zum **Selbstunterricht** empfohlen:

Deutsch-französisch-englische Konversationsschule.

Neueste Methode, die heutige französische und englische Umgangssprache ohne Hülfe eines Lehrers oder anderweitiger Lehrbücher schnell und leicht sprechen, schreiben und lesen zu lernen, von dem konzessionirten und in Frankreich und England gebildeten Sprachlehrer und Literaten **M. Selig** in Berlin. 2 Kurse. I. Kursus: die praktische Sprech- und Leseschule. **Zweite** vermehrte **Auflage.** II. Kursus: Konversations- und Schreibschule. **Durchgängig** mit höchst korrekter Angabe der **Aussprache** sowohl des **Französischen** als auch des **Englischen**, so daß auch Erwachsene ohne sprachliche Vorkenntnisse die Methode sofort mit Erfolg benutzen können.

Die Methode ist für 2½ Thlr. **vollständig**, jeder Kursus getrennt für 1½ Thlr. oder in 18 und 21 portofreien Lieferungen à 2½ Sgr. von **M. Selig**'s Selbstverlagsexpedition, **Friedrichsgracht 51** in **Berlin**, gegen Postvorschuß direkt, und auch durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Posen** namentlich vorräthig in **Rehfeld**'s Buchhandlung.

Eingesandt.

Ueber Hopfenbau.

Durch alle Buchhandlungen ist zu beziehen: **„Der praktische Hopfenbau und Hopfenhandel"**, herausgegeben von dem königl. Landrath des Buker Kreises, Hrn. v. Saher zu Neutomysl, in **Posen** zu haben in der **Gebr. Scherk'schen Buchhandl (Ernst Rehfeld)**, von welchem Buche ich bereits in meinem General-Hopfen-Ernteberichte des Jahres 1860 Erwähnung gethan habe.

Wenn Jemand ein Buch über Hopfenbau schreibt, der wie der Verfasser seit zwölf Jahren dem umfangreichen Hopfenbau um Neutomysl seine vollste Aufmerksamkeit geschenkt, der selbst eine Hopfenanlage nur unterhielt, um vielfache, selbst kostspielige Versuche im Interesse des Neutomysler Hopfenbaues zu machen, dessen Anlage stets Musteranlage war, so darf man wohl sagen, das Buch ist reich an praktischen Erfahrungen. Ich empfehle dieses Buch namentlich allen Denen, die mit mir über Hopfenbau in Briefwechsel stehen. ***Jos. Jac. Flatau.***

Inserate für alle in- und ausländischen Blätter besorgt Redakteur **Schanz, Dresden,** Schloßstr. 22. I.

Familien-Nachrichten.

Als Verlobte empfehlen sich
Röschen Kurzmann, Xions. **Lewin Fried,** Miłosław.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Neustadt-Eberswalde: Frl. H. Dielitz mit dem Oberförster-Kandidaten F. Wellenberg; Blankenfelde bei Königsberg N.-M.: Frl. M. Zierhold mit dem Dr. jur. W. Schultze; Heiligensee: Frl. J. Schüller mit dem Kaufmann R. Besser; Schweidnitz: Frl. J. Anoos mit dem Prem. Lieutenant E. v. Scheliha.

Geburten. Ein Sohn dem Diakonus H. Klamroth in Fiddichow, dem Rektor Ragoczy in Spandau, dem Hauptmann v. Michalowski in Freiburg; eine Tochter dem Freiherrn Rud. v. Lüttwitz in Simmenau, dem Pastor prim. Zindler in Militsch, dem Dr. med. Jaenisch in Jauer, dem Dr. med. Holtze in Kattowitz, dem Fabrikbesitzer Matthießen in Tiefenfurth, dem Kollaborator Schmidt und dem Gerichts-Assessor Nowack in Breslau, dem Rittmeister a. D. Grafen v. Nayhaus-Cormons in Nieder-Baumgarten, dem Stations-Vorsteher Schneider in Kosel.

Aufruf zur Wohlthätigkeit.

Wenn auch die Erträge der in vielen Ortschaften von den verehrlichen Behörden für die Dennewitzstiftung und das neben derselben zu gründende Veteranen-Wittwenhaus veranstalteten Groschensammlungen bisher außerordentlich nützlich gewesen sind, so ist es doch leider noch immer nicht gelungen, für die letztere Stiftung so viel Mittel zu gewinnen, um den aufzunehmenden armen Militärwittwen die ihnen für den Fall ihrer Arbeitsunfähigkeit nach den Statuten verheißenen monatlichen Pensionen sichern zu können.

Das nebst einem 2 Morgen großen Garten erkaufte Haus ist vollständig zur Aufnahme von 10 bis 12 Militärwittwen längst eingerichtet.

Es ist deshalb im hohen Grade wünschenswerth, zur Verherrlichung der nächsten Feier des Gedenktages der Schlacht bei Dennewitz am 6. September wenigstens einige Wittwen solcher Krieger, welche sich durch rühmliche Theilnahme an den Schlachten in den Jahren 1813—15 um das theuere Vaterland verdient gemacht haben, zum Genuß der ihnen verheißenen Wohlthaten gelangen zu lassen.

Der unterzeichnete Vorstand wagt es daher, an alle bemittelte Patrioten auf diesem Wege die dringende Bitte zu richten:

„ihm zu dem vorliegenden wohlthätigen Zweck durch Selbstveranstaltung von Groschensammlungen und baldige Einsendung der Erträge den ersehnten Beistand zu leisten, der voraussichtlich nicht wieder in Anspruch genommen werden wird."

Selbstverständlich wird der nächste Jahresverwaltungsbericht Rechenschaft über den Eingang und die Verwendung der milden Spenden geben und zugleich den bisherigen Wohlthätern der Dennewitzstiftung die beruhigende Ueberzeugung verschaffen, daß Gottes Segen auf derselben ruht.

Damm bei Jüterbog, den 22. März 1861.
Der Vorstand der Dennewitzstiftung.
Hauschteck.

Circus Carré. Posen.

Heute, Sonnabend, große Vorstellung zum Benefiz des kühnen Reiters **Oscar Carré.** **Sonntag** finden zwei Vorstellungen statt. Anfang der ersten um 4 Uhr zu ermäßigtem Preise für Kinder. Anfang der zweiten Vorstellung um 7 Uhr. Näheres besagen die Zettel. **Montag** große Vorstellung.

Konzert-Anzeige.

Programm

zu meinem am Dienstag den 9. d. Mts. Abends 7½ Uhr im **Kasinosaale** stattfindenden Konzert.

1) Quintett für Streichinstrument in C. Opus 29, von Beethoven.
2) Achtes Konzert „in Form einer Gesangsscene", von Spohr.
3) Gesang.
4) a. Romanze in G, v. Beethoven / b. Rêverie von Vieuxtemps } für Violine
5) Gesang.
6) Souvenir d'Haydn, Variationen über das Thema „Gott erhalte Franz den Kaiser", von Léonard.

Jacques Rosenthal.

Lambert's Garten.

Sonntag den 7. April

Gartenconcert.

Anfang 4 Uhr. Entrée 1 Sgr.

Bei ungünstiger Witterung: Konzert im Salon. Anfang 7 Uhr. Entrée 2½ Sgr.

F. Radeck.

Gesellschafts-Lokal.

Sonntag den 7. April 1861 **Tanzkränzchen.** ***Peiser.***

Schützengarten auf Städtchen.

Sonntag den 7. April großes **Gartenkonzert** von einer gut besetzten Kapelle. Entrée à Person 1 Sgr. Anfang 4 Uhr. Bei ungünstiger Witterung im Salon. **C. Roche.**

ELDORADO.

Sonntag den 7. April 1861

Grosses Tanzkränzchen.

Friedrich Wilhelm Kretzer.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

‡ [Produktenverkehr.] Wir hatten während der letzten acht Tage nur mittelmäßige Getreidezufuhr. Die Preise von Weizen gaben wesentlich nach, ebenso war Roggen billiger käuflich, für die übrigen Zerealien, mit Ausschluß von Kartoffeln, die ebenfalls niedriger zu stehen kamen, blieben die letztwöchentlichen Preise unverändert. Es bedang feiner Weizen 78—80 Thlr., mittler 70—72 Thlr., ordinärer 62—63 Thlr.; schwerer Roggen 43—44—45 Thlr., leichter 40—41 Thlr.; Gerste 33—41 Thlr.; Hafer 18—23 Thlr.; Kocherbsen 41—43 Thlr., Futtererbsen 37—39 Thlr.; Kartoffeln 11—13 Thlr.; rother Klee 13—15 Thlr., weißer 15—17 Thlr. — In Mehl verblieb es wie bisher sehr still, Preise unverändert, Weizenmehl Nr. 0 5⅚ Thlr., Nr. 0 u. 1 5⅔ Thlr., Roggenmehl Nr. 0 3⅚ Thlr., Nr. 0 und 1 3⅔ Thlr. pro Zentner unversteuert. — Für das Termingeschäft brachten die vermehrten Ankündigungen von Roggen und die stärkeren Kündigungen von Spiritus, welche alle gute Aufnahme fanden, einiges Leben in den Verkehr. Dagegen trat der regelmäßige Handel aus seiner bisherigen Beschränktheit nicht heraus. Bei den schwachen Umsätzen erhielt sich für Roggen der Frühjahrstermin ziemlich günstig und blieb, während die übrigen Sichten je nach Entfernung um ⅔—⅚ Thlr. sich ermäßigten, fast in gerader Linie mit der vorwöchentlichen Schlußnotiz. Spiritus gab bei geringem Handel für die nächsten Monate ebenfalls im Werthe um 5/12 Thlr. nach, wogegen die entfernteren Termine fast unverändert wie die Schlußkurse der vorigen Woche blieben. In den letzten Tagen dieser Woche vermehrte sich die Spirituszufuhr einigermaßen, der Versand nach Auswärts war mäßig.

Geschäfts-Versammlung vom 5. April 1861.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Preuß. 3½% Staats-Schuldsch.	—	87⅜	—
" 4 " Staats-Anleihe	—	—	—
" 4½ " " "	—	101¼	—
Neueste 5% Preußische Anleihe	—	105¼	—
Preuß. 3½% Prämien-Anl. 1855	—	118	—
Posener 4% Pfandbriefe	—	101	—
" 3½ " "	—	94⅜	—
" 4 " neue "	89¾	—	—
Schles. 3½% Pfandbriefe	—	—	—
Westpr. 3½ " "	—	—	—
Poln. 4 " "	—	85¾	—
Posener Rentenbriefe	—	92¼	—
" 4% Stadt-Oblig. II. Em.	—	90¾	—
" 5 " Prov. Obligat.	—	98	—
" Provinzial-Bankaktien	82½	—	—
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
" Prioritäts-Oblig. Lit. E.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	86¾	—
Ausländische Banknoten große Ap.	—	—	—

Roggen matter, pr. Frühj. 41½ Gd., ⅔ Br., Mai-Juni 41¼ Br., 41 Gd., Juni-Juli 41½ G., ⅔ Br.

Spiritus schwach behauptet, mit Faß pr. April 19 Br., 18 11/12 Gd., Mai 19¼ Br., ⅙ Gd., Juni 19 5/12 Br. u. Gd., Juli 19⅔ Br., 7/12 Gd.

Montag den 8. d. M. wegen des katholischen Feiertages keine Geschäfts-Versammlung.

Wasserstand der Warthe:

Posen am 5. April Vorm. 8 Uhr 4 Fuß 9 Zoll.
" 6. April " " 4 " 6 "

Produkten-Börse.

Berlin, 5. April. Wind: West. Barometer: 28¹. Thermometer: früh 6° +. Witterung: veränderlich.

Weizen loko 70 a 82 Rt.

Roggen loko 43 a 45 Rt., p. April 43¼ a 42⅞ a 43⅛ Rt. bz. u. Gd., 43¼ Br., p. Frühj. 43¼ a a 42⅞ a 43⅛ Rt. bz. u. Gd., 43¼ Br., p. Mai-Juni 43¾ a 43½ a 43¾ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Juni-Juli 44⅛ a 44 a 44¼ Rt. bz. u. Gd., 44⅜ Br., p. Juli-Aug. 44⅞ a 44¾ a 44⅞ Rt. bz., p. Aug. allein 44¾ Rt. bz.

Große Gerste 40 a 46 Rt.

Hafer loko 23 a 26 Rt., p. April 23¼ a 23 a 23⅛ Rt. bz., p. April-Mai 23¼ a 23 a 23⅛ Rt. bz., p. Mai-Juni 24 a 23⅞ Rt. bz., p. Juni-Juli 24½ a 24⅜ Rt. bz., p. Juli-August 25 Rt. Br.

Rüböl loko 10⅙ Rt. bz., 10¼ Br., p. April 10 1/12 a 10⅙ Rt. bz. u. Gd., 10¼ Br., p. April-Mai 10 1/12 a 10⅙ Rt. bz. u. Gd., 10¼ Br., p. Mai-Juni 10⅙ a 10 7/24 Rt. bz., 10⅓ Br., 10¼ Gd., p. Juni-Juli 10⅙ a 10 7/24 Rt. bz., 10⅓ Br., 10¼ Gd., p. Sept.-Okt. 10⅞ a 10 23/24 Rt. bz., 11 Br., 10 11/12 Gd.

Spiritus loko ohne Faß 19¼ a 19⅙ Rt. bz., mit Faß p. April 19⅔ a 19½ a 19⅔ Rt. bz. u. G., 19¾ Br., p. April-Mai 19⅔ a 19½ a 19⅔ Rt. bz. u. Gd., 19¾ Br., p. Mai-Juni 19¾ a 19 7/12 a 19⅚ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Juni-Juli 20 a 19 11/12 a 20 1/12 Rt. bz., Br. u. Gd., p. Juli-Aug. 20⅛ a 20⅙ a 20¼ Rt. bz. u. Gd., 20⅓ Br., p. Aug.-Sept. 20½ Rt. bz., p. Sept.-Okt. 19⅚ a 19⅞ bz.

Weizenmehl 0. 5¼ a 5⅙, 0. u. 1. 4⅔ a 5⅙ Rt.
Roggenmehl 0. 3 5/12 a 3⅔, 0. u. 1. 3 a 3 5/12 Rt. (B. u. H. Z.)

Stettin, 5. April.

Weizen loko gelber p. 85pfd. 76—88 Rt. nach Qualität bz., 85pfd. gelber p. Frühj. 89½ Rt. bz. u. Gd., 90 Br., p. Mai-Juni do., p. Frühj. 83/85pfd. 85 Rt. bz. u. Br., 84½ Gd., p. Mai-Juni do.

Roggen loko p. 77pfd. 41—42½ Rt. bz., 1 unkontraktl. Anmeld. 41 Rt. bz., 77pfd. p. Frühj. 41¼, ½ Rt. bz., p. Mai-Juni 42¾ Rt. Br., 42½ Gd., p. Juni-Juli 44 Rt. Br., 43½ Gd., p. Juli-Aug. 44¼ Rt. bz., Br. u. Gd., p. August-Sept. 44½ Rt. bz.

Heutiger Landmarkt:

Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
80—85.	40—42.	36—40.	19—25.

Erbsen 44—47.

Erbsen, kleine 43½—44 Rt. bz.

Rüböl loko 10¼ Rt. bz., 10⅓ Br., p. April-Mai 10¼ Rt. bz., p. Aug. gestern Abend 10¾ Rt. bz., heute 10 11/12 Rt. bz., p. Sept.-Oktbr. gestern Abend 10 11/12, 11 Rt. bz., heute 11 1/12 bz. u. Br.

Spiritus loko ohne Faß 19½, 5/12, ⅓ Rt. bz., p. Frühj. 19½, 5/12 Rt. bz., p. Mai-Juni 19⅔ Rt. bz. u. Br., p. Juni-Juli 20 Rt. bz., Gd. u. Br., p. Juli-Aug. 20½ Rt. bz. u. Br., p. August 20½ Rt. Gd. (Ostf. Ztg.)

Breslau, 5. April. Wetter: Heute Nacht Regen, Mittags + 13°.

Weißer Weizen 80—85—90—94 Sgr., gelber 79—84—89—92 Sgr.

Roggen, 55—59—62 Sgr.

Gerste, gelbe 45—50 Sgr., weiße 52—56 Sgr.

Hafer, 29—30—33 Sgr.

Rother ord. Kleesamen 10½—11½ Rt., mittler 12—13 Rt., feiner 13½—14½ Rt., hochfeiner bis 15 Rt., weißer ord. 7—9 Rt., mittler 10—12 Rt., mittelfeiner u. feiner 13—15 Rt.

Thymothe 9—10—11 Rt.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80 % Tralles) 19½ Rt. Gd.

An der Börse. Roggen p. April und April-Mai 45¼—45—44¾ bz. u. Gd., Mai-Juni 45½ bz., Juni-Juli 46 bz., Juli-August 46½ Br.

Rüböl loko, p. April u. April-Mai 10 1/12 Br., Mai-Juni 10⅙ Br., Sept.-Okt. 11 Br.

Spiritus loko 19⅔ bz., p. April u. April-Mai 19½—19⅓ bz. u. Gd., Mai-Juni 19¾ Br., Juni-Juli 20⅙ bz. (Br. Hdlsbl.)

Wollbericht.

Breslau, 3. April. Wie wir im Februarbericht es vermutheten, war das Geschäft im März etwas lebhafter und der Verkauf größer als in den beiden ersten Monaten des Jahres. Es wurden im Ganzen ca. 5500 Zentner verkauft, worin ziemlich alle Qualitäten vertreten waren, die hier zu Lager kommen. Preise waren trotz des größeren Umsatzes für die Verkäufer wie bisher verlustbringend und im Ganzen den Februarpreisen gleich. Käufer der Wollen waren zollvereinsländische und preußische Kammgarn- und Tuchfabrikanten, sowie Händler und unsere hiesigen Kommissionshäuser; am stärksten kauften die inländischen Tuchfabrikanten aus den nahe gelegenen Fabrikorten.

Die Handelskammer.
Kommission für Wollberichte.

Telegraphischer Börsenbericht.

Liverpool, 4. April. Baumwolle: 12,000 Ballen zu sehr vollen Preisen umgesetzt.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 5. April 1861.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	75 bz
Aachen-Mastricht	4	19⅝-¾1 bz u B
Amsterd. Rotterd.	4	76½-77 bz u G
Berg. Märk. Lt. A.	4	88¾ bz
do. Lt. B.	4	— —
Berlin-Anhalt	4	114 bz
Berlin-Hamburg	4	113 B
Berl. Potsd. Magd.	4	38½ bz, abgest.
Berlin-Stettin	4	110 bz [34-35 bz
Bresl. Schw. Freib.	4	94½ bz
Brieg-Neiße	4	50 B
Cöln-Crefeld	4	— —
Cöln-Minden	3½	136 bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	33½ bz
do. Stamm-Pr.	4½	73 B
do. do.	4	80 G
Löbau-Zittauer	5	— —
Ludwigshaf. Berb.	4	127 bz
Magdeb. Halberst.	4	218 B
Magdeb. Wittenb.	4	37½ bz
Mainz-Ludwigsh.	4	99⅛ u 99¼ bz
Mecklenburger	4	46¾-⅛ bz
Münster-Hammer	4	93¾ B
Neustadt-Weißenb.	4½	— —
Niederschles. Mark.	4	95 B
Niederschl. Zweigb.	4	— —
do. Stamm-Pr.	4	— —
Nordb., Fr. Wilh.	5	43½ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	122 B
do. Litt. B.	3½	109¾ bz
Oest. Franz. Staat.	5	121½-20¾-21 bz
Oppeln-Tarnowitz	4	33 bz
Pr. Wlh. (Steel-V)	4	51 B
Rheinische,	4	79¼ bz
do. Stamm-Pr.	4	91 B
Rhein-Nahebahn	4	24 B
Ruhrort-Crefeld	3½	77 bz
Stargard-Posen	3½	83½ B
Thüringer	4	104¼ bz

Das Geschäft war heute ungleich belebter als an früheren Tagen.

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	116½ G
Berl. Handels-Ges.	4	82 G
Braunschw. Bk. A.	4	64½ etw bz
Bremer do.	4	98⅜ G
Coburg. Kredit-do.	4	40½ G
Danzig. Priv. Bk.	4	88 B
Darmstädter abgst.	4	70-½ bz
do. Ber. Scheine	4	— —
do. Zettel-B. A.	4	92¾ G exkl. Div.
Dessauer Kredit-do.	4	12⅜ bz
Dessauer Landesbk.	4	18 etw bz
Disk. Comm. Anth.	4	82 bz u G
Genfer Kred. Bk. A.	4	21¾-22 bz
Geraer do.	4	67 G
Gothaer Priv. do.	4	70 B
Hannoversche do.	4	91½ etw bz u G
Königsb. Priv. do.	4	84 G
Leipzig. Kredit-do.	4	59½ B
Luxemburger do.	4	78 B
Magdeb. Priv. do.	4	78 B
Meining. Kred. do.	4	68 B
Moldau. Land. do.	4	— —
Norddeutsche do.	4	85½ bz
Oestr. Kredit- do.	5	51½-⅛ bz
Pomm. Ritt. do.	4	72½ Kl bz
Posener Prov. Bank	4	82 B
Preuß. Bank-Anth.	4½	122 bz
Rostocker Bank Akt.	4	104 B
Schles. Bank Verein	4	79 B
Thüring. Bank-Akt.	4	53½ bz u B
Vereinsbank, Hamb.	4	100 B
Waaren-Kred. Anth.	5	— —
Weimar. Bank-Akt.	4	74 B

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas-A	5	95½ B
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	— —
Hörder Hüttenv. Ak.	5	67½ B
Minerva, Bergw. A.	5	18 bz u G
Neustädt. Hüttenv. A	5	3½ G p. St.
Concordia	4	103¼ G [fco. Zins.
Magdeb. Feuerverf. A	4	415 G

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	83½ bz
do. II. Em.	4	82 bz
do. III. Em.	4½	87 bz
Aachen-Mastricht	4½	63 G
do. II. Em.	5	— —
Bergisch-Märkische	5	103 B
do. II. Ser.	5	102½ G IV 101 bz
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	77½ bz
do. Düsseld. Elberf.	4	— —
do. II. Em.	5	— —
do. III. S. (D. Soest)	4	84½ bz
do. II. Ser.	4½	91 G
Berlin-Anhalt	4	97¼ G
do.	4½	101½ bz
Berlin-Hamburg	4½	103 G
do. II. Em.	4½	— —
Berl. Pots. Mg. A.	4	94½ B B. 94¾ G
do. Litt. C.	4½	100½ G
do. Litt. D.	4½	100⅛ bz
Berlin-Stettin	4½	— —
do. II. Em.	4	88½ bz
do. III. Em.	4	88⅛ G
Bresl. Schw. Freib.	4½	95¼ B
Brieg-Neißer	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	101½ B
do. II. Em.	5	103 bz
Cöln-Minden	4	— —
do. III. Em.	4	85¾ G
do.	4½	94 bz
do. IV. Em.	4	84⅛ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	— —
do. III. Em.	4½	86¼ G
Magdeb. Wittenb.	4½	94 B
Niederschles. Märk.	4	94¾ bz
do. conv.	4	94 B
do. conv. III. Ser.	4	90¾ G
do. IV. Ser.	5	100½ G
Nordb., Fried. Wilh	4½	100½ G
Oberschles. Litt. A.	4	— —
do. Litt. B.	3½	80¾ B
do. Litt. D.	4	88¾ B
do. Litt. E.	3½	77 G
do. Litt. F.	4½	94¾ bz
Oestreich. Französ.	3	248 bz
Prinz-Wilh. I. Ser.	5	— —, II. — —
do. III. Ser.	5	98¾ bz
Rheinische Pr. Obl.	4	— —
do. v. Staatgarant.	3½	81 G
Rheinische Pr. Obl.	4½	89½-¼ bz
Rh. Nhe-Pr. v. St. g	4½	95¼ B
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	— —
do. III. Ser.	4½	88 B
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4½	94½ G
do. III. Em.	4½	— —
Thüringer	4½	101¾ B II. 104¾ [G
do. III. Ser.	4½	101¼ B
do. IV. Ser.	4½	100 bz

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	101 bz
Staats-Anl. 1859	5	105⅛ bz
do.	4½	101¼ bz
do. 1856	4½	101¼ bz
do. 1853	4	96⅞ bz
N. Präm St A 1855	3½	118 bz
Staats-Schuldsch.	3½	86¾ bz
Kur- u Neum. Schldv	3½	86¼ bz
Berl. Stadt-Oblig.	4½	102¼ bz
do. do.	3½	83⅞ B
Berl. Börsenh. Obl.	5	103¾ bz
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	91 bz
do.	4	100¾ bz
Ostpreußische	3½	84¼ bz
do.	4	94¾ bz
Pommersche	3½	88 bz
do. neue	4½	98 G
Posensche	4	101 bz
do.	3½	94¾ B
do. neue	4	89 B
Schlesische	3½	89 G
B. Staat gar. B.	3½	— —
Westpreußische	3½	84 bz
do.	4	95 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	98¾ bz
Pommersche	4	98 B
Posensche	4	92⅛ bz
Preußische	4	96 bz
Rhein- u. Westf.	4	96 bz
Sächsische	4	97⅜ B
Schlesische	4	96¼ bz

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	41½ G
do. National-Anl.	5	49¼-⅜ bz
do. 250fl. Präm. O.	4	55 G
do. neue 100fl. Loose	—	50 bz
Russische: 5. Stieglitz-Anl.	5	87½ B
6. do.	5	98¼ B
Englische Anl.	5	101¾ etw bz
N. Russ. Egl. Anl.	3	60¼ B 4½%
Polnische: Poln. Schatz-O.	4	80 bz-79¾[90 B
Cert. A. 300 Fl.	5	92½ etw bz
do. B. 200 Fl.	—	23 G
Pfdbr. u. in S. R.	4	86½ B
Part. O. 500 Fl.	4	90 G
Oestr. 5proz. Loose	5	52 G
Hamb. Pr. 100 BM	—	92½ G
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	47¼ G
Neue Bad. 35 Fl. do.	—	30 B
Dessau. Präm. Anl.	3½	95½ G

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113½ bz
Gold-Kronen	—	9. 5 bz
Louisd'or	—	109⅜ bz
Sovereigns	—	6. 21 B
Napoleonsd'or	—	5. 9 B
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	Imp. 456 bz u G
Dollars	—	1. 11¾ G
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 21 G
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅞-11/12 G
Fremde Banknot.	—	99¼ G
do. (einl. in Leipzig)	—	99⅞ G
Fremde kleine	—	99⅛ G
Oestr. Banknoten	—	66¼ bz
Poln. Bankbillet	—	86⅛ bz

Wechsel-Kurse vom 4. April.

Amsterd. 250fl. kurz	3	141 bz
do. 2 M.	3	140⅜ bz
Hamb. 300 Mk. kurz	2½	150 bz
do. do. 2 M.	2½	149½ bz
London 1 Lstr. 3 M.	4	6. 19 bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3	79 1/12 bz
Wien öst. W. 8 T.	—	65¼ bz
do. do. 2 M.	6	65⅛ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	3	56. 18 bz
Frank. 100 fl. 2 M.	3	56. 18 bz
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	4	99⅝ bz
do. do. 2 M.	4	99 5/12 B
Petersb. 100 R. 3 W.	4	95 bz
Bremen 100 Tlr. 8 T.	3½	109 bz
Warschau 90 R. 8 T.	—	86⅛ G
Bank-Disk. f. Wchs.	4	

Breslau, 5. April. Bei matter Stimmung und beschränktem Geschäft waren die Kurse wenig verändert.

Schlußkurse. Oestreichische Kredit-Bank-Aktien 51 Br. Schlesischer Bankverein 78¾ bz. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 93½ Br. dito Prior. Oblig. 88¼ Gd. dito Prior. Oblig. 95¼. Köln-Mindener Prior. —. Neisse-Brieger —. Oberschlesische Lit. A. und C. 121¾ Br. dito Lit. B. —. dito Prior. Oblig. 88 B Br. dito Prior. Oblig. Lit. F. 95½ Br. dito Prior. Oblig. Lit. E. 77 Br. Oppeln-Tarnowitzer 32¾ Br. Rheinische —. Kosel-Oderberger 33½ Br. dito Prior. Oblig. —. dito Prior. Oblig. —. dito Stamm-Prior.-Obl. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., Freitag, 5. April, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Oestreichische Fonds theilweise etwas besser bezahlt, ziemlich belebtes Geschäft.

Schlußkurse. Staats-Prämien-Anleihe 118. Preuß. Kassenscheine 105⅜. Ludwigshafen-Berbach 128¼. Berliner Wechsel 105¼. Hamburger Wechsel 88¼. Londoner Wechsel 118⅜. Pariser Wechsel 93¼. Wiener Wechsel 77¼. Darmstädter Bankaktien 178½. Darmstädter Zettelbank 235. Meininger Kreditaktien 67. Luxemburger Kreditbank 82½. 3% Spanier 47½. 1% Spanier 41¼. Span. Kreditbank Pereira 462. Span. Kreditbank v. Rothschild 520. Kurhess. Loose 47¼. Badische Loose 52½. 5% Metalliques 42⅛. 4½% Metalliques 34½. 1854er Loose 55⅞. Oestr. National-Anlehen 48⅛. Oestr. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 210. Oestr. Bankantheile 542. Oestr. Kreditaktien 121½. Neueste östreichische Anleihe 52⅞. Oestr. Elisabethbahn 118½. Rhein-Nahebahn 23½. Hessische Ludwigsbahn 100.

Hamburg, Freitag, 5. April, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Wenig Geschäft.

Schlußkurse. Oestr. Franz. Staatsbahn —. National-Anleihe 49. Oestr. Kreditaktien 51½. 3% Spanier 44. 1% Spanier 39½. Stieglitz de 1855 —. 5% Russen —. Vereinsbank 100. Norddeutsche Bank 87½. Magdeburg-Wittenberg —. Nordbahn —. Diskonto 2¼, 2½. London lang 13 Mk. 2¾ Sh. not., 13 Mk. 3¾ Sh bez. London kurz 13 Mk. 5½ Sh. not., 13 Mk. 6¾ Sh. bez. Amsterdam 36, 00. Wien 115, 75.

Paris, Freitag, 5. April, Nachmittags 3 Uhr. Das Geschäft war sehr beschränkt. Die 3% eröffnete zu 67, 65, hob sich auf 67, 75 und schloß ziemlich fest zu diesem Kurs. Konsols von Mittags 12 Uhr waren 91⅞ eingetroffen.

Schlußkurse. 3% Rente 67, 65. 4½% Rente 95, 60. 3% Spanier —. 1% Spanier 41¼. Oestr. Staats-Eisenb. Akt. 463. Oestr. Kreditaktien —. Credit mobilier Akt. 648. Lomb. Eisenb. Akt. —.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.